

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abohmenkungspreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mr.; durch die Post monatlich 1,50 Mr., vierteljährlich 4,50 Mr. Einzelne Nummern kosten 1 Mr. Gest.- und Versammlungskosten pro Seite 25 Pf. Geschäftskosten werden nicht aufgenommen.

Glück  Auf!

Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner, Bochum
Druck und Verlag von H. Hanemann & So., Bochum, Wiemelshäuserstraße 38-42.
Telephon-Nr.: Vorstand 98, Expedition 89. Telegramm-Adresse: Altvorstand Bochum.

Willkommen in Bochum!

Wieder können wir beraten,
Wieder sind wir hier versammelt,
Wo man noch vor wenig Jahren
Tor und Tür uns hat verrammelt. —
Ob die Menschen klüger werden?
Ob der Eigensinn gerostet?
Wenig Mühe, gegen früher,
Hat uns das Lokal gekostet! —

Und so tagen jetzt in Bochum
Unsre Knappen-Delegaten
Aus dem Süden, aus dem Norden,
Um die Knappenschaft zu beraten!
Ueberall sind sie gekommen,
Aus dem Osten, aus dem Westen,
Um die Satzung des Verbandes
Neu zu stärken und zu festen. —

Mög' zum Guten es gedeihen,
Mögen sie ersprießlich schaffen!
Immer mehr die Wohlfahrt fördern
Und der Freiheit mehr erraffen! —
Alles was den Knappen frommet,
Was dem Bergmann ist zu Nutze —
Aber auch die Kraft noch steigern
Sollen sie zu Schutz und Trutz! —

Besser noch die Waffen schmieden,
Fester noch die Burg umwallen,
Dass zum Kampf wir sind gerüstet;
Wenn die Notsignale schallen. —
Haben wir es doch vonnöten
Bei den Stürmen, die uns dräuen,
Die uns schon so oft geschüttelt,
Und noch stärker sich erneuen. —

So, ihr Knappen-Delegaten,
Die ihr zur Versammlung kommet,
Wäget ab mit klugem Sinnen,
Dass es dem Verbande frommet. —
Dass dem Bergmannsstand es nützet,
Scheut nicht Mühen und Beschwerden,
Schlecht und schofel ist es jetzt noch —
Besser, besser soll es werden! —

H. R.

Wir heißen die Delegierten von fern und nah zu unserer Generalversammlung in der Berg- und Hüttenstadt Bochum in herzlich willkommen!

Schon lange war es unser Wunsch, die Vertreter unserer Kameraden und unseres Verbandes in Bochum selbst zu begrüßen. Noch vor vier Jahren haben wir die größten Anstrengungen gemacht, um in Bochum eine Generalversammlung unseres Verbandes zu stande zu bringen. Es ist uns nicht gelungen. Nicht ein einziges geeignetes Lokal war in der Großstadt aufzutreiben. Nicht, weil die Saalbesitzer persönlich uns als Gäste nicht dulden wollten, nein, weil sie in Furcht und Bangen vor behördlicher Schikane und vor dem Fanatismus unserer Gegner nicht wagten, uns aufzunehmen. Wir waren darum gezwungen, Gastrecht in Dortmund zu suchen, wo wir es auch fanden.

Und doch hat es Seiten gegeben, wo Bochum für die Delegierten des Verbandes die Zufluchtstätte war. Alle Generalversammlungen in den ersten Jahren nach Gründung des Verbandes haben in Bochum stattgefunden. Es waren die ersten und die traumhaft zugleich. Die Geschichte dieser Generalversammlungen schreiben, hieße eine Geschichte des Verbandes in der Zeit seiner schlimmsten Kämpfe und seiner größten Not schreiben. Nicht viele Kameraden, die in jener Zeit der Sturm- und Drangperiode des Verbandes, 1889-1895, mit im Treffen der Bewegung standen, werden auf der diesjährigen Tagung unter uns weisen, manchen unserer Kämpfer hat schon der Tod von uns genommen, mancher von den Delegierten der ersten Generalversammlungen hat damals mutlos die Flinte ins Horn geworfen, ging gar zu unseren Gegnern über. Dennoch blieb uns noch eine treue Schar, die allen Stürmen und Feinden zum Trotz und in allen Zeiten aushielte und heute noch brav zu uns steht. Ihre Erfahrungen und Mitarbeit werden wir auch der diesjährigen Generalversammlung dienstbar machen; darum der alten Garde unserer besonderen Gruß und herzliches Willkommen!

Die erste Generalversammlung unseres Verbandes tagte im Schützenhof zu Bochum. Der einfache gewaltige Bau ist auch im übrigen für die Bergarbeiterbewegung historisch geworden. Der Saal gibt tausenden Menschen Raum und sehr oft haben wir ihn gefüllt. Immer dann, wenn wir vor Ereignissen in der Bergarbeiterbewegung standen oder wenn es galt, Massenfundgebungen der Not und Qual der Bergarbeiter, aber auch Fundgebungen des Kampfes zu veranstalten, nahmen wir den Schützenhof in Pocht, was wir dem Wirt desselben dankbar annehmen wollen. Auch ihm wurde es nicht leicht gemacht, standhaft zu bleiben. Auch er musste oft Schikanen trotzen. Zumindest stärkten sich die Ereignisse in der Geschichte des Verbandes, dann marschierten die Bergarbeiterbataillone hinauf zu dem Riesenaal. Von dort aus ging ihr Wille in die Welt.

Wenn auch unsere heurige Generalversammlung in einem anderen Lokal stattfindet, wird den Delegierten Gelegenheit geben werden, auch den Schützenhof zu besuchen. Mögen sie an diesem Ort die Erinnerung stärken und zurückzuschweifen lassen in die erste Zeit nach Gründung des Bergarbeiterverbandes.

Die erste Generalversammlung, die am 20. Oktober 1889 eröffnet wurde, verfiel der polizeilichen Aufsicht. Man lache nicht! Ein Delegierter hatte gebeten, ihn nicht in den Vorstand zu wählen, da sonst der Verband in rote Hände käme. Wegen dieser kindlichen Neuerung wurde die Generalversammlung, die einen definitiven Vorstand wählen sollte, auf Grund des Sozialistengesetzes aufgelöst! Die Generalversammlung wurde dann für den folgenden Sonntag ernannt einzuberufen und sie konnte dann die Vorstandswahl vornehmen:

Die Auflösung der ersten Generalversammlung zeigt uns den Geist, der damals herrschte. Der Nieselregen, der plötzlich

im Mai 1889 wie die Sturmbrut in der Nacht ausgebrochen war und der den Verband gebar, lag den Werksherren und ihren willfährigen Behörden, wie den Gegnern des Verbandes auch später noch stark im Magen. Die Klassegegensätze hatten sich im Ruhrbecken schon vor 1889 stark entwickelt und der große Streik hatte diese Gegensätze verschärft. Es war ja etwas unerhörtes geschehen! Die lammfrommen geduldigen Bergarbeiter hatten die Brocken über Nacht hingeworfen und forderten, was sie von ihren Vätern ererbt haben, die achtstündige Schicht und anderes noch!

Der Streik war nach einigen Wochen beendet worden, die Grubenherren hatten Versprechungen abgegeben, die nicht eingehalten wurden. Es kam zu einer neuen Empörung. Der Streik flackerte wieder auf, aber nur für wenige Tage. Die Bergarbeiterführer wurden verhaftet und ohne dass ihnen später der Prozeß gemacht wurde, eine Woche in Haft behalten! Bei dieser Gelegenheit fielen die berüchtigten Worte des Bochumer Staatsanwalts Schulze-Wellinghausen:

„Weshalb habt ihr eigentlich gestreikt? Meint ihr, die Grubenbesitzer wären so gut gezielt, um eure Forderungen erfüllen zu können? Mein Vater ist auch Grubenteilhaber, ich weiß daher, wie es damit bestellt ist. Ach, was soll ich noch lange reden! Einer von euch hat gesagt: „Wir sind Herren der Situation!“ Nein, wir sind Herren der Situation. Wer nicht will, wie wir wollen, den lassen wir einfach niederkatätschen! Herr Kommissar, führen Sie die Leute ab!“

Das Wort vom „Niederkatätschen der Arbeiter“ war damals ein recht geläufiges Wort. Elf Tote und 26 Verwundete hatte der Streik schon kostet, auch in den Straßen von Bochum war Blut geslossen. Eine Frau wie Nichtstreikende mussten den Uebereifer eines jungen Leutnants mit ihrem Leben bezahlen. Der Arbeiterdichter Karl Henkel hat die Bluttat in Bochum in einem herrlichen Gedicht verewigt.

Wir können nicht an alle die Drangsalierungen erinnern, die dem Verband galten und die Bergarbeiter peinigten. Monate lang lasen wir in den ersten Jahren nach „Reimundachtig“ in der „Bergarbeiter-Zeitung“: Kameraden, ergreift die Gemekregeln und Verfolgten nicht! Im Winter 1891 zählten, außer den beklagten und verurteilten Mitgliedern im Ruhrrevier, die Verbandsführer Siegel fünf. Anklagen, Schröder fünf, Beckmann zwei, Meyer zwei, Möller sechs bis acht, Schröder, Bunte, Bauer je eine Anklage. Zu fünf Monaten wurden uns drei Redakteure verhaftet. Viele Lizenzen der verurteilten Kameraden wurden im Verbandsorgan veröffentlicht. Und die begangenen „Verbrechen“ der Verurteilten? In ihrem übergrößen Teil würden sie heute kaum noch geahndet werden. Wegen Lappasen wurden Monate Gefängnis verhängt. Aus einer Lappasie heraus entstand auch der Meinungsprozeß Schröder und Genossen, der heute durch das Wiederaufnahmeverfahren und den Freispruch zum Teil gejährt ist. Verhändler waren freiwild, wer sie verfolgte, dünkt sich klug wie gewaltig. Und die bürgerliche Presse? Nun, ihr gebührt ein gut Teil der Schuld an dieser Verfolgung. Ihrer Hetzarbeit war es ja mit zu verdanken, dass der Verband und seine Führer so schlimm behandelt wurden.

Für den Bergarbeiterverband war an vielen Orten das Vereins- und Versammlungsrecht illusorisch gemacht, die Behörden drohten mit Schenksperrern mit Polizeistunden den Wirkten, die uns Obdach gaben und sie wendeten diese Maßnahmen gegen die Wichte auch an. Gegenverbände wurden nacheinander gegründet, von denen sich der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter bis heute erhalten hat und seine Existenz ist gewiss heute noch nicht zum Nutzen der Bergarbeiter!

Auf den Kanzeln, kurz, von allen Seiten aus wurde gegen den Verband gewütet, der innerlich noch nicht so gefestigt war, diesen Stürmen stand zu halten. Die Organisation war 1895 derartig geschwächt, dass ihr nur noch 5-6000 Mitglieder in ganz Deutschland angehörten.

Bis dahin fanden alle Generalversammlungen in Bochum statt, im Schützenhof oder in der „Germania“ (am Bahnhof, Präsident). 1897 ging es zum erstenmal nach auswärts — nach Helmstedt, und dann wechselten die Tagungsorte. Aber niemals war es uns später vergönnt gewesen, wieder in Bochum zusammenzukommen zu können. Vielleicht war es gut so, denn in Bochum ging es in den ersten Jahren des Wiederaufblühens an der Verbandszentrale, die von Gelsenkirchen inzwischen nach Bochum verlegt worden war, ärmlich genug zu. Ganz niedrig haben sie den Verband aber nicht bekommen können, auch in den ältesten Jahren der Verfolgung nicht und unsere Gegner fanden auch später den Aufstieg des Verbandes nicht verhindern. Nur ihr Sohn war geblieben. Welche Scherereien dem Verband durch die Polizei gemacht wurden, würde niedergeschrieben, allein ein Buch füllen. Wir müssten bekanntlich auch die Mitglieder bei der Polizei anmelden. Die Folge war, dass in allen Ecken und Enden Deutschlands vielen unserer Mitglieder gekündigt wurde. Man prahlte sich auf den Beinen damit, dass man die Mitgliederlisten des Verbandes in Händen hätte. Erst mit der zunehmenden Stärke des Verbandes ist es anders geworden und schließlich war man auf der Bochumer Polizei selbst froh, als das neue Vereinsgesetz in Kraft trat und die Behörde von der großen Last der Führung unseres Mitgliederverzeichnisses befreite. Ost genug war auch der Gedanke aufgetaucht, die Verbandszentrale aus Bochum heraus und anderswohin zu verlegen. Über die Stadt liegt im Mittelpunkt des rheinisch-westfälischen Kohlenreviers, ist Sitz verschiedener Bergbehörden, bergmännischer Gerichte, Sitze der Knappenschaftsberufsgenossenschaft, des Allgemeinen Knappenschaftsvereins und der Bergbehörde. Sonst hätte uns in dieser Stadt niemand gehalten, weil noch hinzukommt, dass der religiöse Fanatismus, der Terror besonders der Hüttenwerke, das ganze geistige, politische und gewirtschaftliche Leben der Bevölkerung stark beeinflusst hat und niedergedrückt. Erst in den letzten Jahren ist es besser geworden. Die Fremden, die früher Bochum flohen und meiden, fingen an, sich heimischer zu fühlen in dieser Stadt. Auch die Delegierten dürfen außer der Verhandlungszeit in der Stadt manches sehen, was in freundlicher Erinnerung bleiben wird. Dadurch, dass man angefangen hat, den Geist bezw. das Milieu, wie es vor ca. 100 Jahren der Arzt und Satiriker Korbinian in Bochum mit blutigem Spott geizte, aus der Stadt zu bannen, wird auch der Aufenthalt in Bochum immer angenehmer. Wer vor 20 Jahren, früher oder auch später, Bochum besucht hat, wird es heute kaum noch wieder erkennen. Der Name ist gebrochen und wir feiern den Fortschritt!

Mit frohem Herzen begrüßen wir darum die Delegierten aus allen Reihen und unsere Gäste. Und unser Heim grüßt mit, unsere Zentrale, von der aus wir — die Alten und Jungen — mit Hilfe unserer Kameraden in Deutschland die Burg gebaut haben, die den deutschen Bergleuten guten Schutz und Hilfe bietet gegen ihre Edränger. Nicht mehr ärmliche Räume, ein stolzer Gebäudekomplex zeigt uns die Stätte, wo wir unser Heim aufgeschlagen haben. Auch das zeugt von dem Vormarsch des Verbandes gegen früher. Unser freudiger Gruß und Willkommen hat also berechtigten Untergrund. Nochmals: Willkommen, Delegierte, in der Stadt der Kohle und des Eisens!

Glück auf!

Bergarbeiterinteressen und Reichsversicherungsordnung.

(Taubstummenblock. — Wahlrecht der Versicherten. — Ausländische Arbeiter und Reichsversicherungsordnung. — Versicherung der Verginalisten. — Berechnung des Krankengeldes. Behandlung in Krankenhäusern.)

Das unheilige Schauspiel nimmt seinen Fortgang. Ein Gesetz, das für das Wohl und Wehe vieler Millionen Arbeiter und Arbeitertanten, unterer und mittlerer Beamtenten, von der allergrößten Wichtigkeit ist, das die *Fraktionen*, *Unfälle* und *Wahlen* aufweist, wird in einem und *Wahl* aufs Särgen auf wer weiß wie viele Jahre hinaus reguliert, erschafft von der klerikal-konserватiv-antisemitisch-national-liberalen Reichstagsmehrheit eine Skandalöse Behandlung. Was hinter verschlossenen Türen an Verböterungen und Unklarheiten ausgemacht und dann von der genannten Mehrheit in der Reichsversicherungsordnung-Kommission zumeist ohne Verbesserung beschlossen wurde, das soll unter allen Umständen nun Gesetz werden. Der Verbleibungsblöd fühlt die Schwäche seiner Stellung, daher lädt er sich auf so gut wie keine Debatte ein, schweigt zu den Verbesserungsanträgen, stimmt sie einfach nieder! Und solche Anträge, die lediglich eine größere Klarheit der Vorschriften bezeichnen. Unter Führung des glorreichen Beratens, das auch über die Reformwünste der „christlich-nationalen Arbeiterschaft“ fastblau hinwegkreiert, stellen sich die Herrschäften taub und stumm gegen alle reformistischen Anregungen und Anträge. Daher der Name Taubstummenblock.

Neben den Sozialdemokraten, die sich andauernd um Verbesserung der R.-V.-O. bemühen, darum vornehmlich die Forderungen des Volkes zur Sprache bringen, stellen nur noch die Polen und Freiwilligen Verbesserungsanträge und stimmen wiederholt mit den Sozialisten. Aber der Taubstummenblock verfügt über eine erdrückende Stimmenmehrheit, nachdem sich die Nationalliberalen, zu Gefallen der Industriherren, an die Seite der Konservativen, Clerikalen und Antisemiten gestellt haben. Nun kann das arbeitende Volk in Stadt und Land deutlich erkennen, wenn es nur die Augen aufmacht, was es sich durch die Wahl von 1907 für eine Rute gebunden hat.

Die Interessen der Bergarbeiter werden durch diese R.-V.-O. nicht in der Weise wahrgenommen wie es die Knappen fordern. Der Generalsekretär des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter, Franz Behrens, Abgeordneter für Berglar-Astenkirchen, hat sich zwar gerühmt, für die Bergarbeiter gesorgt zu haben; tatsächlich stimmte Behrens aber gegen solche Anträge, die den Bergarbeiterforderungen gerecht werden! Wie Behrens, stimmen auch die anderen christlich-nationalen Arbeiterschaften", Giesberts, Becker, Schiffer, Wiedeberg und Schirmer, mit dem Taubstummenblock gegen alle zur Wahrung der Bergarbeiterinteressen gestellten Anträge!

Anders die sozialdemokratischen Abgeordneten. In erster Linie nimmt der anerkannt hervorragende Kenner der Arbeiterversicherungsgesetzgebung, Kommissionsmitglied Abg. Molkenbuhr (Vertreter des Kreises Lügau-Oelsnitz) jede Gelegenheit wahr, um für die Knappenrechte einzutreten. Gleichfalls die Kommissionsmitglieder und Abg. Hoch (Hanau) und Schmidt (Berlin). Ihre Tätigkeit für die Interessen der Versicherten ist über alles Lob erhaben, selbst Gegner erkennen den unermüdlichen Fleiß dieser Männer an. Sie werden nach Kräften von ihren Fraktionskollegen unterstützt.

Der Abg. Hengsbach, Vertreter für Duisburg-Mülheim, trat dafür ein, daß im § 12 des Gesetzes nicht nur den reichsangehörigen Versicherten das Wahlrecht verliehen würde. Hengsbach führte aus:

„Wir sehen nämlich nicht ein, warum ausländische Arbeiter, die jahrelang ein einwandfreies Leben in Deutschland geführt, die alle Pflichten der sozialen Gesetzgebung getragen haben, die meistens jahrelang schon das Vertrauen der Arbeiter genießen, von der Beleidigung solcher Ehrenämter ausgeschlossen werden sollen. Es wird in Zukunft sowohl in den Grenzbezirken wie in Westdeutschland, ganz besonders aber auch im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, sehr häufig vorkommen, daß Arbeiter, deren Väter, oft sogar Großväter hier in Deutschland gelebt und gearbeitet, die ihrerseits alle möglichen Löhne und ihre Kosten für deutsche Unternehmer zu Mieten getragen haben, die oftmals sogar abschlägig bezeichnet worden sind, wenn sie ein Naturalisationsgesuch eingereicht hatten, freilich wohl in der Hoffnung, weil sie Habenichtse waren, — daß diese Arbeiter durch die jetzt vorliegende Fassung entrichtet werden. Wären sie oder ihre Eltern Millionäre gewesen, dann wären sie wohl in den Staatsverband aufgenommen worden. Konnte es unter besonderen Umständen doch schon passieren, daß solche Herren, die ihrem ganzen inneren Wesen nach mehr Ausländer als Deutsche sind, in unsere gegebenden Höhpersönheiten, in die Parlamente sogar als Mitglieder hinzukommen könnten, ohne daß Ansatz daran genommen würde. Arbeitern gegenüber denkt man aber wohl: „Ausländer, Fremde sind es zweifellos, die unter uns gefäßt den Geist der Rebellion.“ Man sucht sie insgesamt zu entziehen. Weshalb wir aber ganz besonders die Umwidmung dieser Fassung beantragen haben, ist, daß auch die einheimischen, die deutschen Arbeiter insofern benachteiligt werden, als sie nicht in der Lage sind, diejenigen Personen, denen sie ihr Vertrauen schenken, ohne weiteres zu wählen, ihnen ihre Stimme zu geben.“

Selbstredend lehnte der Taubstummenblock den Antrag ab. Dasselbe gleichzeitig mit den sozialdemokratischen Anträgen zu den §§ 49, 49a und 50, wo das Vertretungsschiff in den Versicherungsämtern geregelt ist. Hierzu hatte Behrens einen Antrag eingebracht, der den Wirtshaus noch vergrößert. Kamerad Sachse erläuterte die Bedeutung dieses Antrages wie folgt:

Der Herr Abgeordnete Behrens hatte einen Antrag eingebracht, der sozusagen eine Zwischenlösung einklang. In Abg. 2 wird den Vorstandsmitgliedern der *Knappothälfte* Krankenkassen das Recht gegeben, die Zahl zu erhöhen und der Abg. 3 hebt diese Bestimmung größtenteils wieder auf. Was Herr Behrens hier ausgerichtet hat über das zerstreute Bohnen der Knappenmitglieder, das trifft zum Teil auch bei den Vorstandsmitgliedern zu; auch die Vorstandsmitglieder werden, wenn die Zahl so sehr verpreist, nicht aus einem Bezirk, sondern aus den verschiedenen Bezirken gewählt. Herr Behrens sieht sich hier in gewisser Beziehung in Widerprüfung. Die Gründe, die er dabei hat, hat er ja öffentlich nicht gesagt und mich er auch nicht sagen. Er kann es auch nicht gleichzeitig sein, was für Gründe er hat. Ziemlich zeigt die Ausprägung des von Herrn Behrens vertretenen Antrags auf unser Antrag der allgemeine ist. Wir wollen den Mittelpunkt ließen, daß es hier nicht in die Hand gegeben und legen Wert darauf, daß die Wähler in geheimer Wahlhandlung vorgenommen werden, und zwar aus Gründen der Verhältniswahl. Auch bei den Abgeordneten wäre es von Vorteil, wenn die Zahl auf Grund der Verhältniswahl vorgenommen würde. Wenn Sie aber hier nach dem Antrag Behrens den Vorstandsmitgliedern der Arbeitgeber die Verhältniswahl nicht vorzuschreiben, dann ist die Aussicht für die Arbeiter, einmal von den Arbeitgebern günstige Stimmen zu erhalten, um so schlechter. Ich möchte Sie aus diesen Gründen bitten, den Antrag Behrens und Genossen, Abg. 3, abzulehnen; denn er enthält keine Verbesserung, sondern eher noch eine Verhinderung des Regierungsentwurfs. (Abg. Behrens: Das glauben Sie selbst nicht!) — Wenn ich es selbst nicht glauben würde, ich es nicht sagen. Ich verbiete mir eine solche Aussicht. Ich sehe hier nicht als Lügner; Sie dürfen nicht von mir auf andere schließen. (Zurück rückt.) — Wenn ich mich als Lügner hinstelle, antworte ich mit der richtigen Antwort darauf.“

Weil der Antrag Behrens eine Verbesserung bezweckt, wurde er vom Taubstummenblock angenommen.

In § 169 wird bestimmt, welche ausländischen Arbeiter und in welchem Umfang sie der Vorteile der Versicherungsgesetzgebung teilhaftig sein sollen. Dazu beantragten

die Sozialdemokraten, vorzuschreiben, daß die ausländischen Arbeiter in Deutschland nicht ungünstiger gestellt werden dürfen als die deutschen Arbeiter im Auslande. Den Antrag begründete Kamerad Hue:

Dieser Paragraph, meine Herren, und der von uns dazu gestellte Antrag hat eine ganz außerordentliche Bedeutung insbesondere dadurch erlangt, daß zumal in dem letzten Jahrzehnt in steigendem Maße ausländische Arbeiter in Deutschland beschäftigt worden sind, und daß andererseits Arbeiter, die in den deutschen Grenzbezirken wohnen, wegen der billigeren Lebensweise usw. — ich erinnere an die polnische Grenze, auch zum Teil an die österreichische Grenze — in hohem Maße in das Ausland verzogen und dadurch die Zahl der dort ohnehin schon zeitweilig oder ständig beschäftigten deutschen Reichsangehörigen vermehrt.

Es werden in Deutschland vorübergehend oder ständig Hunderttausende ausländische Arbeiter, so in der Landwirtschaft wie in den verschiedensten Industriezweigen beschäftigt. So sind, worauf ich aufmerksam machen möchte, um die Bedeutung des hier vorliegenden Antrags auch den weniger mit der Sache Vertrauten begreiflich zu machen, allein in den enorm ausßchließenden Lothringischen Bergen und Südtirolen leben 40 bis 50 Prozent der Beschäftigten italienischer Nationalität. (Hört! hört bei den Sozialdemokraten.) In Schlesien, vor allen Dingen in Oberschlesien, kommen Tausende, jeweils sogar hunderttausende galizische und russische Arbeiter, die wohl zum großen Teile nur zeitweilig dort beschäftigt sind, in Graudenz und Russisch-Schlesien. Am Mährisch-Schlesien hat sich die Zahl der ausländischen Berg- und Holzarbeiter ganz außerordentlich vermehrt.

Leider fehlt eine spezielle Statistik über die Gesamtheit der ausländischen Arbeiter in Deutschland nach Berufsgruppen und nach Landesteilen geordnet. Wir sind aber durch den Bericht des Bochumer Knappothälftevereins in der Lage, wenigstens schätzlich für den Ruhrbergbau genau anzugeben, welche Mengen von ausländischen Arbeitern dort in Betracht kommen. Es ergibt sich, daß dort im Jahre 1905: 18 973 Krankenversicherungspflichtige Bergarbeiter arbeiteten, die aus dem Ausland eingewandert waren; davon waren allein 12 894 Österreicher, 1909 waren es 28 180 Ausländer; davon waren es 18 501 Österreicher. Zurzeit ist die Zahl der ausländischen Ruhrbergarbeiter mindestens 30 000. Da allein fast 70 Prozent dieser ausländischen Arbeiter aus Österreich kommen, gerade demjenigen Lande, mit dem wir uns besonders bemühen, in einem guten Bundesverhältnis zu leben, so, meine ich, hätten wir auch schon mit Mühe und Mühe auf unsere politischen Beziehungen zu Österreich-Ungarn als Veranlassung, unsere internationalen Versicherungsgesetzlichen Gegenseitigkeitsvertrag möglichst klar und verständlich auch für den minderbildenden Arbeiter zu machen. Wie viele ausländische Arbeiter in den Hütten und Fabriken von Rheinland und Westfalen beschäftigt werden, ist nicht ermittelt. Ich darf wohl ruhig sagen, daß noch mindestens 30 000 ausländische Arbeiter in dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet außer den Grubenwerken beschäftigt sind. Dabei kommt in Betracht, daß diese Leute zu einem erheblichen Teil durch ein gewissenlohes Agentenwesen herangelockt worden sind. (Schr richtig bei den Sozialdemokraten.)

Sie sind in den meisten Fällen unsklär über die Rechtslage, in die sie sich begeben. Sie wissen nicht, welche Versicherungsgesetzlichen Vorteile oder Nachteile sie erhalten. Es wird Ihnen, wie ich Ihnen durch Briefe, die uns von den betreffenden ausländischen Berg-, Hütten- und Fabrikarbeitern angezeigt worden sind, nachweisen könnte, ohne weiteres durch die Agenten, die geschäftsmäßig verbündet im Ausland herumreisen, erklärt: Ihr bekommt alle die Vorteile, die die deutschen Arbeiter haben, ihr braucht keinerlei Besorgnis zu haben, daß ihr, wenn ihr wieder nach Hause gehen wollt, diese oder jene Versicherungsgesetzliche Bezugsberechtigung entzogen bekommen. Die Herren hier wissen aber sehr wohl, daß ein solches Recht der ausländischen Arbeiter in Deutschland durchaus nicht existiert. Die armen Leute werden also betrogen. Es wird auch von den Agenten verhöhnt, daß ausländische Arbeiter auch sonst noch minderen Rechts in Deutschland sind, z. B. aus nichtigen Gründen ausgewiesen werden können. Es ist daher eine Ehrenpflicht der deutschen Reichsversicherungsgesetzgebung, in bezug auf die Rechtslage der ausländischen Arbeitnehmer so klare Bestimmungen zu schaffen; daß eine Deutung so gut wie ausgeschlossen ist. Vergessen Sie nicht, daß wir dadurch, was für uns ja vor allen Dingen in Beleidigung kommen müssen, auch unsere Landsleute im Auslande in günstigeren Existenzbedingungen hinzubefreien. (Schr richtig bei den Sozialdemokraten.)

Sie sind in den meisten Fällen unsklär über die Rechtslage, in die sie sich begeben. Sie wissen nicht, welche Versicherungsgesetzlichen Vorteile oder Nachteile sie erhalten. Es wird Ihnen, wie ich Ihnen durch Briefe, die uns von den betreffenden ausländischen Berg-, Hütten- und Fabrikarbeitern angezeigt worden sind, nachweisen könnte, ohne weiteres durch die Agenten, die geschäftsmäßig verbündet im Ausland herumreisen, erklärt: Ihr bekommt alle die Vorteile, die die deutschen Arbeiter haben, ihr braucht keinerlei Besorgnis zu haben, daß ihr, wenn ihr wieder nach Hause gehen wollt, diese oder jene Versicherungsgesetzliche Bezugsberechtigung entzogen bekommen. Die Herren hier wissen aber sehr wohl, daß ein solches Recht der ausländischen Arbeiter in Deutschland durchaus nicht existiert. Die armen Leute werden also betrogen. Es wird auch von den Agenten verhöhnt, daß ausländische Arbeiter auch sonst noch minderen Rechts in Deutschland sind, z. B. aus nichtigen Gründen ausgewiesen werden können. Es ist daher eine Ehrenpflicht der deutschen Reichsversicherungsgesetzgebung, in bezug auf die Rechtslage der ausländischen Arbeitnehmer so klare Bestimmungen zu schaffen; daß eine Deutung so gut wie ausgeschlossen ist. Vergessen Sie nicht, daß wir dadurch, was für uns ja vor allen Dingen in Beleidigung kommen müssen, auch unsere Landsleute im Auslande in günstigeren Existenzbedingungen hinzubefreien. (Schr richtig bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, es kommt noch etwas anders hinzu. Wenn wir uns falls statistisch anschauen, dann bemerken wir, daß die ausländischen Arbeiter, auch wenn sie sachmäßig vorgebildete Bergarbeiter sind, in überraschend höherem Umfang von den Betriebsunfällen gefährdet werden als die Einländer, und man darf deshalb — warum sollte es anders sein? — ohne weiteres annehmen, daß dasselbe auch zutrifft auf die deutschen Arbeiter im Ausland. (Schr richtig bei den Sozialdemokraten.) Auch hierauf müssen wir Rücksicht nehmen. Ich werde mir gestatten, Ihnen an zwei Zahlen nachzuweisen, welche Bedeutung die Ausländer für unsere Unfall- und für unsere Krankenstatistik haben. Auf 1000 Knappothälftemitglieder im Ruhrberggebiet waren im allgemeinen 1909 durchschnittlich 161 Unfälle zu verzeichnen, aber auf 1000 ausländischen Knappothälftemitglieder 205! Also wurden pro Tag und Nacht allgemein 161 Ausländer 205! Auf 1000 Kaisermitglieder erkranken innerlich allgemein durchschnittlich 1909: 453, aber von den ausländischen Knappothälftemitgliedern 571. (Hört! hört bei den Sozialdemokraten.) Ich habe mich bei meinen ausländischen Freunden erläutert, wie es denn dort aussieht, beispielsweise in England und Norfrankreich, mit der Erfahrung der Ausländer durch die Betriebsgesetze. Da ist mir gesagt worden, allerdings ohne daß man dafür statistische Grundlagen vorbringen könnte, daß die Ausländer so sehr ausgeschlossen sind, daß sie nicht in allen Betrieben berücksichtigt werden, ob sie wohl rüdig seien. Auch hierauf müssen wir Rücksicht nehmen. Ich werde mir gestatten, Ihnen an zwei Zahlen nachzuweisen, welche Bedeutung die Ausländer für unsere Unfall- und für unsere Krankenstatistik haben. Auf 1000 Knappothälftemitglieder im Ruhrberggebiet waren im allgemeinen 1909 durchschnittlich 161 Unfälle zu verzeichnen, aber auf 1000 ausländischen Knappothälftemitgliedern 205! Also wurden pro Tag und Nacht allgemein 161 Ausländer 205! Auf 1000 Kaisermitglieder erkranken innerlich allgemein durchschnittlich 1909: 453, aber von den ausländischen Knappothälftemitgliedern 571. (Hört! hört bei den Sozialdemokraten.) Ich habe mich bei meinen ausländischen Freunden erläutert, wie es denn dort aussieht, beispielsweise in England und Norfrankreich, mit der Erfahrung der Ausländer durch die Betriebsgesetze. Da ist mir gesagt worden, allerdings ohne daß man dafür statistische Grundlagen vorbringen könnte, daß die Ausländer so sehr ausgeschlossen sind, daß sie nicht in allen Betrieben berücksichtigt werden, ob sie wohl rüdig seien. Auch hierauf müssen wir Rücksicht nehmen. Ich werde mir gestatten, Ihnen an zwei Zahlen nachzuweisen, welche Bedeutung die Ausländer für unsere Unfall- und für unsere Krankenstatistik haben. Auf 1000 Knappothälftemitglieder im Ruhrberggebiet waren im allgemeinen 1909 durchschnittlich 161 Unfälle zu verzeichnen, aber auf 1000 ausländischen Knappothälftemitgliedern 205! Also wurden pro Tag und Nacht allgemein 161 Ausländer 205! Auf 1000 Kaisermitglieder erkranken innerlich allgemein durchschnittlich 1909: 453, aber von den ausländischen Knappothälftemitgliedern 571. (Hört! hört bei den Sozialdemokraten.) Ich habe mich bei meinen ausländischen Freunden erläutert, wie es denn dort aussieht, beispielsweise in England und Norfrankreich, mit der Erfahrung der Ausländer durch die Betriebsgesetze. Da ist mir gesagt worden, allerdings ohne daß man dafür statistische Grundlagen vorbringen könnte, daß die Ausländer so sehr ausgeschlossen sind, daß sie nicht in allen Betrieben berücksichtigt werden, ob sie wohl rüdig seien. Auch hierauf müssen wir Rücksicht nehmen. Ich werde mir gestatten, Ihnen an zwei Zahlen nachzuweisen, welche Bedeutung die Ausländer für unsere Unfall- und für unsere Krankenstatistik haben. Auf 1000 Knappothälftemitglieder im Ruhrberggebiet waren im allgemeinen 1909 durchschnittlich 161 Unfälle zu verzeichnen, aber auf 1000 ausländischen Knappothälftemitgliedern 205! Also wurden pro Tag und Nacht allgemein 161 Ausländer 205! Auf 1000 Kaisermitglieder erkranken innerlich allgemein durchschnittlich 1909: 453, aber von den ausländischen Knappothälftemitgliedern 571. (Hört! hört bei den Sozialdemokraten.) Ich habe mich bei meinen ausländischen Freunden erläutert, wie es denn dort aussieht, beispielsweise in England und Norfrankreich, mit der Erfahrung der Ausländer durch die Betriebsgesetze. Da ist mir gesagt worden, allerdings ohne daß man dafür statistische Grundlagen vorbringen könnte, daß die Ausländer so sehr ausgeschlossen sind, daß sie nicht in allen Betrieben berücksichtigt werden, ob sie wohl rüdig seien. Auch hierauf müssen wir Rücksicht nehmen. Ich werde mir gestatten, Ihnen an zwei Zahlen nachzuweisen, welche Bedeutung die Ausländer für unsere Unfall- und für unsere Krankenstatistik haben. Auf 1000 Knappothälftemitglieder im Ruhrberggebiet waren im allgemeinen 1909 durchschnittlich 161 Unfälle zu verzeichnen, aber auf 1000 ausländischen Knappothälftemitgliedern 205! Also wurden pro Tag und Nacht allgemein 161 Ausländer 205! Auf 1000 Kaisermitglieder erkranken innerlich allgemein durchschnittlich 1909: 453, aber von den ausländischen Knappothälftemitgliedern 571. (Hört! hört bei den Sozialdemokraten.) Ich habe mich bei meinen ausländischen Freunden erläutert, wie es denn dort aussieht, beispielsweise in England und Norfrankreich, mit der Erfahrung der Ausländer durch die Betriebsgesetze. Da ist mir gesagt worden, allerdings ohne daß man dafür statistische Grundlagen vorbringen könnte, daß die Ausländer so sehr ausgeschlossen sind, daß sie nicht in allen Betrieben berücksichtigt werden, ob sie wohl rüdig seien. Auch hierauf müssen wir Rücksicht nehmen. Ich werde mir gestatten, Ihnen an zwei Zahlen nachzuweisen, welche Bedeutung die Ausländer für unsere Unfall- und für unsere Krankenstatistik haben. Auf 1000 Knappothälftemitglieder im Ruhrberggebiet waren im allgemeinen 1909 durchschnittlich 161 Unfälle zu verzeichnen, aber auf 1000 ausländischen Knappothälftemitgliedern 205! Also wurden pro Tag und Nacht allgemein 161 Ausländer 205! Auf 1000 Kaisermitglieder erkranken innerlich allgemein durchschnittlich 1909: 453, aber von den ausländischen Knappothälftemitgliedern 571. (Hört! hört bei den Sozialdemokraten.) Ich habe mich bei meinen ausländischen Freunden erläutert, wie es denn dort aussieht, beispielsweise in England und Norfrankreich, mit der Erfahrung der Ausländer durch die Betriebsgesetze. Da ist mir gesagt worden, allerdings ohne daß man dafür statistische Grundlagen vorbringen könnte, daß die Ausländer so sehr ausgeschlossen sind, daß sie nicht in allen Betrieben berücksichtigt werden, ob sie wohl rüdig seien. Auch hierauf müssen wir Rücksicht nehmen. Ich werde mir gestatten, Ihnen an zwei Zahlen nachzuweisen, welche Bedeutung die Ausländer für unsere Unfall- und für unsere Krankenstatistik haben. Auf 1000 Knappothälftemitglieder im Ruhrberggebiet waren im allgemeinen 1909 durchschnittlich 161 Unfälle zu verzeichnen, aber auf 1000 ausländischen Knappothälftemitgliedern 205! Also wurden pro Tag und Nacht allgemein 161 Ausländer 205! Auf 1000 Kaisermitglieder erkranken innerlich allgemein durchschnittlich 1909: 453, aber von den ausländischen Knappothälftemitgliedern 571. (Hört! hört bei den Sozialdemokraten.) Ich habe mich bei meinen ausländischen Freunden erläutert, wie es denn dort aussieht, beispielsweise in England und Norfrankreich, mit der Erfahrung der Ausländer durch die Betriebsgesetze. Da ist mir gesagt worden, allerdings ohne daß man dafür statistische Grundlagen vorbringen könnte, daß die Ausländer so sehr ausgeschlossen sind, daß sie nicht in allen Betrieben berücksichtigt werden, ob sie wohl rüdig seien. Auch hierauf müssen wir Rücksicht nehmen. Ich werde mir gestatten, Ihnen an zwei Zahlen nachzuweisen, welche Bedeutung die Ausländer für unsere Unfall- und für unsere Krankenstatistik haben. Auf 1000 Knappothälftemitglieder im Ruhrberggebiet waren im allgemeinen 1909 durchschnittlich 161 Unfälle zu verzeichnen, aber auf 1000 ausländischen Knappothälftemitgliedern 205! Also wurden pro Tag und Nacht allgemein 161 Ausländer 205! Auf 1000 Kaisermitglieder erkranken innerlich allgemein durchschnittlich 1909: 453, aber von den ausländischen Knappothälftemitgliedern 571. (Hört! hört bei den Sozialdemokraten.) Ich habe mich bei meinen ausländischen Freunden erläutert, wie es denn dort aussieht, beispielsweise in England und Norfrankreich, mit der Erfahrung der Ausländer durch die Betriebsgesetze. Da ist mir gesagt worden, allerdings ohne daß man dafür statistische Grundlagen vorbringen könnte, daß die Ausländer so sehr ausgeschlossen sind, daß sie nicht in allen Betrieben berücksichtigt werden, ob sie wohl rüdig seien. Auch hierauf müssen wir Rücksicht nehmen. Ich werde mir gestatten, Ihnen an zwei Zahlen nachzuweisen, welche Bedeutung die Ausländer für unsere Unfall- und für unsere Krankenstatistik haben. Auf 1000 Knappothälftemitglieder im Ruhrberggebiet waren im allgemeinen 1909 durchschnittlich 161 Unfälle zu verzeichnen, aber auf 1000 ausländischen Knappothälftemitgliedern 205! Also wurden pro Tag und Nacht allgemein 161 Ausländer 205! Auf 1000 Kaisermitglieder erkranken innerlich allgemein durchschnittlich 1909: 453, aber von den ausländischen Knappothälftemitgliedern 571. (Hört! hört bei den Sozialdemokraten.) Ich habe mich bei meinen ausländischen Freunden erläutert, wie es denn dort aussieht, beispielsweise in England und Norfrankreich, mit der Erfahrung der Ausländer durch die Betriebsgesetze. Da ist mir gesagt worden, allerdings ohne daß man dafür statistische Grundlagen vorbringen könnte, daß die Ausländer so sehr ausgeschlossen sind, daß sie nicht in allen Betrieben berücksichtigt werden, ob sie wohl rüdig seien. Auch hierauf müssen wir Rücksicht nehmen. Ich werde mir gestatten, Ihnen an zwei Zahlen nachzuweisen, welche Bedeutung die Ausländer für unsere Unfall- und für unsere Krankenstatistik haben. Auf 1000 Knappothälftemitglieder im Ruhrberggebiet waren im allgemeinen 19

Freiheit statt 50 Prozent 60 oder bis 75 Prozent des Lohnes als Krankengeld statt zu zahlen. Diese Vergünstigung kommt sehr selten vor, weil eben die Arbeitgeber zu so günstigen Statuten nicht zu begegnen sind.

Selbstredend fiel auch dieser Verbesserungsvorschlag dem Zusammensetzungsbüro zum Opfer. Ohne ein Wort der Gegenrede wurde er niedergeschmissen.

Dasselbe geschah mit einem sozialdemokratischen Antrag zu § 197, den ebenfalls Kamerad Sachse begründete:

"Meine Herren, unser Antrag bezweckt, im Absatz 1 des § 197 auch noch andere Heil- und Hilfsmittel zugulassen; also die Krankenhäuser sollen auch andere Heil- und Hilfsmittel anwenden dürfen und müssen. Über den Hauptwert legen wir darauf, daß in Absatz 2 nicht der halbe Lohn, sondern der volle Lohn als Krankengeld zu zahlen sein soll. Heiner geht unser Antrag dahin, daß das Krankengeld nicht vom dritten, sondern vom ersten Tage an gezahlt werden muß. Da wir aber nicht allzu viel Hoffnung haben können, daß Sie diesem vernünftigen Antrag zustimmen, so haben wir Ihnen einen Ersatzvorschlag unterbreitet auf Nr. 985. Also wenn unser erster Antrag auf Nr. 186 abgelehnt werden sollte, bitten wir Sie, wenigstens unserem Antrag auf Nr. 985 zuzustimmen, daß also als Krankengeld ½ des Lohnes gezahlt werden soll und daß es bei Unfällen und bei einer Dauer der Krankheit von über einer Woche vom ersten Tage ab gezahlt werden soll."

Nach habe vorhin schon bei Begründung des § 195 ausgeführt, daß

dem Krankenarbeiter es ungeheuer schwer fällt, mit so geringem

Krankengeld auszukommen; ich kann also bei dieser Begründung mich

auf die vorherige beziehen und bitte Sie, unseren Antrag anzunehmen

zu wollen. Ich mache dabei ausdrücklich darauf aufmerksam, daß

die hier vertretene Forderung nicht nur in der Petition des Berg-

arbeiterverbandes, die Ihnen heute zugegangen ist, vertreten wird,

sondern daß — man kann wohl sagen: fast alle Arbeiter einmütig

der Ansicht sind, daß die Hälfte des Lohnes als Krankengeld viel zu

gering ist. Ich möchte hauptsächlich daran erinnern, daß der Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter mit derselben Forderung einverstanden

ist. Unsere Vertreter auf der vorjährigen Generalversammlung

des Deutschen Knappenschaftsvereins nur eine Erhöhung der Leistungen

von 10 Prozent verlangt hatten, wonach nur eine Erhöhung des Kranken-

geldes bis zu zwei Dritteln des Lohnes dort eingetragen sein würde.

Da hat der christliche Gewerkschaftsverein der Bergarbeiter angegriffen

und hat uns schlechte Vertretung vorgeworfen, weil wir nicht dafür

eingeraten seien, daß 75 Prozent des Lohnes als Krankengeld gezahlt

werden muß.

Dann hat Herr Behrens vorhin hier ausführlich, der Gewerksverein

hatte deshalb zu diesem Gesetz keine Petition eingebracht, weil ein

Vorstandmitglied vom Gewerksverein in der Kommission gesessen wäre

und Gelegenheit gehabt hätte, die Meinung des christlichen Gewerks-

vereins dort zu vertreten. Ich möchte konstatieren, daß aus dem

Kommissionsericht nicht zu erkennen ist, daß Herr Behrens denselben

Antrag in der Kommission auch gestellt hätte. Ich bin gespannt darauf,

ob er sich jetzt den gemeinsamen Forderungen des Bergarbeiter-

verbandes und seines Gewerksvereins anschließt, daß 75 Prozent

des Lohnes als Mindestleistung am Krankengeld zu zahlen sind. Die

Bergarbeiter in ihrer erdrückenden Mehrzahl haben verlangt — das

konstatiere ich nochmals —, daß als Mindestleistung des Krankengeldes

drei Viertel des Lohnes gewährt werden.

Aus diesem Grunde bitte ich Sie, unseren Antrag anzunehmen zu

wollen. Ebenso bitte ich den Teil unseres Antrages anzunehmen,

der verlangt, daß bei längerer Krankheit und bei Unfällen das Kranken-

geld von ersten Tagen an gezahlt werden soll."

Obgleich es sich hier um Anträge handelt, die von allen Bergarbeitergewerkschaften untersucht werden, stimmte der Generalsekretär des Bergarbeitergewerksvereins, Franz Behrens, mit Giesberts, Schiffer, Becker, Wiedeberg und Schirmer dagegen.

Im § 201 soll bestimmt werden, daß die Familienangehörigen der im Krankenhaus behandelten Versicherten nur die Hälfte des Krankengeldes erhalten. Hierzu beantragten die Sozialdemokraten, wenigstens drei Viertel vorzuschreiben. Kamerad Gieß führte dazu aus:

"Es handelt sich hier um die Frage, ob erkrankte Arbeiter den Krankenhäusern zugewiesen werden können bzw. sollen und was ihre Familien dann für Krankengeld erhalten. Wir haben uns die erdenklichste Hilfe gegeben, die Vorurteile, welche in Arbeiterkreisen gegen die Krankenhausbehandlung vorhanden sind, zu zerstreuen. Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß es durchaus ratsam ist, wenn bei erster Erkrankung die Behandlung in Krankenhäusern oder Heilstätten erfolgt. Zweifellos würden wir eine ganze Menge Krankheiten viel rascher heilen können, würden zugunsten die Krankenhäuser sehr entlasten, wenn wir die Krankenhausbehandlung allgemein einführen könnten. Den sieht aber gegenüber ein sehr starker Widerwillen Krankenarbeiter, sich in Krankenhäusern unterbringen zu lassen. Woher kommt das? Es ist gar nicht zu bestreiten — darin werden mit die Vertreter der anderen Gewerkschaftsrätschungen ebenfalls beispielhaft — daß über die Krankenhausbehandlung der Industriearbeiter eine Unmenge Klagen an die Leidenschaft gelangt ist, die sich durchaus nicht als übertrieben herausgestellt haben. Sie beziehen sich auf nachlässige, lieblose Behandlung, auf eine Behandlung, die mit dem Zweck der Krankenhäuser durchaus in Widerspruch steht. Also wird der am sich gute Zweck, die Krankenhausbehandlung auszudehnen, durchsetzt durch die Art der Krankenhausbehandlung, wie sie heute leider vielfach üblich ist. Man bemüht nämlich die Krankenhäuser nicht etwa nur dazu, um die Kranken zu heilen, sondern — so merkwürdig das auch klingt — auch dazu, um überhaupt Krankheitsmeldungen zu verhindern.

Da ist ein ganz besonderes drastisches Beispiel Oberösterreich. Es ist ja im preußischen Landtag wiederholt von oberösterreichischen Vertretern auf die Praxis der dortigen Krankenhäuser aufmerksam gemacht und gesagt worden, daß dort die Behandlung erkrankter Berg- und Hüttenleute häufig so gut wie alles zu wünschen übrig läßt. Um so verständlicher ist, eine wie hohe Zahl erkrankter Arbeiter den Krankenhäusern Oberösterreich zugewiesen wird. Ich darf da vielleicht ein paar Zahlen nennen. Nach den Berichten der Knappenschaftslässen sind 1909 von je 100 Krankheitsfällen in Krankenhäusern behandelt worden im Ruhrgebiet 9—10, in Niederösterreich 10—14, im Saargebiet 21—22 Prozent, in Oberösterreich fast 90 Prozent. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese außerordentlich hohe — im Verhältnis zu den Gesamtzahlen — Zahl von in oberösterreichischen Krankenhäusern behandelten hat aber ein ganz merkwürdiges Seitenstück, nämlich eine geradezu verblüffend niedrige Krankheitsziffer! Während nämlich in den Knappenschaftslässen in Preußen die Zahl der Krankheitsfälle pro 100 Versicherte durchschnittlich auf 69, 70, im Niederösterreich sogar bis auf 148 Prozent (hört! hört! bei den Sozialdemokraten) überhaupt nicht, während sie im Altenburger Knappenschaftsbereich 60 Prozent der Arbeiter beträgt, im Königreich Sachsen 63 Prozent, in der oberösterreichischen Knappenschaft 70 Prozent, in Niederösterreich 64,7 Prozent. Im Ruhrgebiet 65 bis 70 Prozent, werden aus der oberösterreichischen Knappenschaftslässe nur 32 Krankheitsfälle pro 100 Arbeiter gemeldet! Wie ist das möglich? — wird sich jeder fragen, der Oberösterreich kennt. Weder sind in Oberösterreich die Arbeitsbedingungen günstig, noch werden hohe Löhne gezahlt; im Gegenteil, wir haben in Oberösterreich die niedrigsten Löhne und die längsten Arbeitszeiten. Die jüngsten Einrichtungen sind schlechter als im Westen. Die Ernährungsweise des Volkes, die Wohnungsverhältnisse sind in Oberösterreich sprichwörtlich miserabel. (Schräg wichtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Voraussetzungen für gute Gesundheitsverhältnisse der Arbeiterschaft sind also in Oberösterreich nicht vorhanden.

Man müßte sich ja freuen über die niedrige Krankenziffer, wenn sie tatsächlich den Gesundheitsverhältnissen der oberösterreichischen Arbeiterschaft entspräche. Aber aus Mitteilungen, die wir zugegangen sind, geht her vor, daß man versucht die Krankenhausbehandlung bei den oberösterreichischen Berg- und Hüttenarbeiter erzwingt, daß man sie nicht etwa nur bei schweren Erkrankungen vor das Entweder — Oder stellt entweder du gehst ins Krankenhaus oder bekommt kein Krankengeld! Die Arbeiter aber wissen vor dem Krankenhaus zurück, weil sie dort häufig lieblos, ehrlos und behandelt werden und weil der Familie nur ein ganz geringes Krankengeld verbleibt.

Die niedrige oberösterreichische Krankenziffer erklärt sich also daran, daß man die Arbeiter zwinge, auch wenn sie nur leicht erkranken, in das Krankenhaus zu gehen. Dort aber sind die Verhältnisse, wie wir von durchaus vertrauenswürdigen Leuten mitgeteilt worden ist, ja, daß die Arbeiter sich lieber auf eigene Kosten kurieren lassen, lieber aus ihrer Tasche den Arzt bezahlen, als daß sie in ein Krankenhaus gehen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das kommt aber nicht bloß in Oberösterreich vor, hier allerdings weitauß am häufigsten. Auch im Ruhrgebiet, im Saar- und Wurmrevier in Mitteldeutschland haben die

Berg- und Hüttenarbeiter vor der Krankenhausbehandlung einen solchen Abschrecken, daß man sich gar nicht wundern kann, wenn man hört, daß die Leute sich lieber, obgleich sie schwere Krankenfallsbeiträge zahlen, auf Privatkosten helfen lassen, als daß sie in ein Krankenhaus gehen. Das ist im Interesse der Gesundheitspflege sehr zu befürworten und erfordert Abhilfe. Deshalb ist bei dieser Gelegenheit darauf zu achten, daß wenn man die Leute ins Krankenhaus hineingindigt, man ihnen dann wenigstens die Sorge für die zurückliegende Familie abnimmt. Da liegen heute die Verhältnisse sehr traurig.

Wir haben beantragt, daß die Familienunterstützung gegenüber

der Kommissionsfassung und der heutigen Praxis erhöht wird und ich

darf vielleicht darauf hinweisen, daß unser Antrag, wenn er an-

genommen würde, durchaus nicht eine einzige Neugierde in den Arbeit-

familien herbeiführen würde, insofern, als dann die Familie ein zu

großes Krankenfallsbeitrag beläuft. Im Königreich Sachsen hat z. B. das

durchschnittliche Krankenfallsbeitrag der Knappenschaftsmitglieder in dem leichten

Jahre nicht einmal 1,80 Ml. pro Tag betragen. Wenn man den

Familien, deren Ernährer im Krankenhaus liegt, den hellen Betrag

des Krankenlohnes gäbe, so würden sie auch nicht zu viel haben; mit

1,80 Ml. kann man bei den fehligen Teuerungsverhältnissen nur hunger

leiden. Bei der oberösterreichischen Knappenschaftslosse, die noch mit am

besten von den südböhmischen Lässen zahlt, beträgt das durchschnittliche

Krankengeld nur 1,57 Ml., und bei der Saarbrücker Losse, wo die

Arbeiter von den knappachtzig Lässen noch mit am günstigsten ge-

stellt sind, bekommen sie durchschnittlich 1,83 Ml. pro Tag Krankengeld.

Ich meine, dieses Geld sollte man den Familien der im Krankenhaus

untergebrachten Kranken ohne Abzug zulassen; aber das ge-

schieht nicht.

Ich möchte auch noch mit Missacht auf die vorherigen Abstimmungen

darauf aufmerksam machen, doch unser Antrag, das Krankengeld auf die

Hälfte des Angelohnes zu setzen, nichts anderes bedeutet, als die Wieder-

herstellung des alten Rechts der Knappen. Bis zur Einführung der

neuen Berggesetzgebung haben die Knappen im Krankenfall alle den

vollen Lohn weiter bezogen (hörtl hörtl bei den Sozialdemokraten)

und als im Jahre 1851 in Preußen das ungeliebte Gesetz, das die Knapp-

enschaftslässen aus wirklicher Wohlfahrtseinrichtungen zu einem flüch-

teligen Bergarbeiter gemacht hat, eine andere Regelung des Knappenschafts-

losen herbeiführte, wurde noch für die ganze Dauer der Krankheit

Krankengeld bezahlt. Heute wird in vielen Lässen nicht einmal mehr

die volle Hälfte des wirklich verdienten Lohnes als Krankengeld be-

zahlt und auch nicht mehr für die ganze Dauer der Krankheit, sondern

Sie wissen, daß da starke Kürzungen eingetreten sind."

Keiner der „christlichen“ Gewerkschaftsvertreter meldete sich

zu dieser Sache, obwohl es sich auch hier um eine alte und sehr

wichtige Bergarbeiterforderung handelt. Der Zusammensetzungsbüro

stimmte sie einfach nieder.

Wir haben diese Verhandlungen so ausführlich wiedergegeben,

um unseren Kameraden einen Begriff zu verschaffen von

dem Wirken der Reichstagssmechtheit gegen die schon vor Jahren

erhobenen, unüberleglich begründeten Forderungen der Bergarbeiterchaft.

Was die betreffenden sozialdemokratischen Un-

träger wollten, das haben die Bergarbeiterverbände schon vor

Jahren einmütig verlangt. Die Herren Behrens, Gies-

berts und Gessels, schlossen sich in trockenem da-

gegen! Das nennen sie Arbeitervertreter! Was sagen die

Gewerkschaftsmitglieder zu der Bekämpfung der notwendigen

Knappenschaftsreform durch ihren Generalsekretär und

seinen Gefüllungsgenossen?

Bergwirtschaftliche Rundschau.

Bergzählungsergebnisse.

Die Ergebnisse der Bergzählung nachstehender Länder vom Jahre

1910 und der Bevölkerungszuwachs seit 1900, rüffermäßig und in

Prozenten ausgedrückt, betragen:

Land	Jahr	Jahr	Zunahme				
				1900	1910	Millionen	Millionen
Altbayern	1900	1910	21	= 17,64			
Vereinigte Staaten	76,8	88,5	12,2	= 15,08			
Deutschland							

Metallarbeiterverband hatte am Jahresabschluß rund 1 Million Mark und der freie Verband rund 7½ Millionen Mark Vermögen, also Sicherheitshabern so viel, trotz der gewaltigen Ausgaben. Was hat also die christliche Organisation dem Metallarbeiterverbande noch voraus? Gibt seine Weltanschauung, sein Christentum? Nun, da sagen wir, daß in den angeführten Zahlen beim Deutschen Metallarbeiterverband mehr wirtschaftliches Christentum der Tat steht, als wie sie die gesamten christlichen Gewerkschaften zusammen aufzuweisen vermögen. Worin die Christen den Freien überlegen sind, das ist die Freiheit, die Freude, die Überhebung und die Wohlartsterei.

Heute veröffentlicht auch der Deutsche Holzarbeiterverband seine Jahresabschreibung. Da läßt sich der Jubelrausch der christlichen "Holzarbeiter-Zeitung": "Wir (die christliche Verband) stehen unter den Gewerkschaften im Holzgewerbe vornean", gleichfalls auf den Wert nachprüfen. Es betrugen im Jahre 1910 die Mitgliederzahl im Deutschen Holzarbeiterverband 165 042, im christlichen Holzarbeiterverband 18 407; Wochenbeiträge (Hauptklasse) im Deutschen Holzarbeiterverband 355 078 M., im christlichen Holzarbeiterverband nur 425,27 M.

Die Unterstützungsleistungen (Hauptkasse und Volkskassen zusammen) betrugen:

Unterstützungskategorie	Freier Holz-	Christl. Holz-
	arbeiterverb.	arbeiterverb.
Meiseunterstützung	125 016,71 M.	7 149,75 M.
Arbeitslosenunterstützung	1098 700,02	25 781,00
Streikunterstützung	1 317 985,38	70 552,25
dito fremde Organisationen	156 143,47	4 340,87
Krankenunterstützung	788 351,42	37 126,30
Gemüsegroßelternunterstützung	58 900,46	4 563,43
Unterstützung in Sterbefällen	51 782,50	3 180,—
Umzugshilfe	42 028,17	2 265,—
Notfallunterstützung	64 007,50	1 023,12
Rechtsdienst	18 632,24	1 305,14
Militärunterstützung		480,—
Summe:	8 621 408,80 M.	158 856,76 M.
Vermögen	4 606 117,—	415 806,—

Man wundert sich übermessen, wo man im christlichen Holzarbeiterverband den Mut hernehmen kann, sich als die Organisation hinzustellen, die im Holzgewerbe vornean marschiert! Aber was ist bei den christlichen Herrschäften unmöglich?

Buchbinderverband im Jahre 1910.

Bei der starken Vertretung der weiblichen Arbeitskraft in der Buchbinderei und den verwandten Gewerben ist die starke Zunahme der weiblichen Verbandsmitglieder besonders erfreulich. Im Berichtsjahr hat der Verband 1910 männliche und 3271 weibliche Mitglieder gewonnen und er hat mit insgesamt 28 704 Mitgliedern eine Höhe erreicht, wie nie zuvor.

Der Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit wurde in besonderer Weise geführt. Für 4710 Arbeiter und Arbeitnehmer wurde eine Arbeitszeitverkürzung von 7043 Stunden pro Woche erreicht, Lohnherhöhungen wurden für 7048 Personen mit 504 770 M. pro Jahr erzielt; durch Abwehrstreiks wurde eine Lohnsteigerung für 183 Personen um 281 M. pro Woche verhütet. Diese Erfolge übertrafen die der letzten sechs Jahre. In den sechs Jahren (1905—1910) wurden 1 488 224 Stunden Arbeitszeitverkürzung und 1 449 025 M. Lohnherhöhungen erreicht. Der Verband ist Tarifkontrahent bei 103 Tarifen, die für 1754 Betriebe mit 23 562 Personen Gültigkeit haben; die Buchbinderverbranche ist mit 50 Tarifen für 1413 Betriebe mit 18 510 Personen am stärksten daran beteiligt, die anderen beteiligten sich auf die Nebenbranchen. Neu abgeschlossen wurden im Berichtsjahr 50 Tarife für 919 Betriebe mit 3654 beschäftigten Personen. Für diese wirtschaftlichen Kämpfe hat der Verband rund ½ Million Mark aufgewandt.

Außerdem wurden nahezu 200 000 M. an Unterstützungen ausgezahlt. Davon entfielen 100 000 M. auf die Unterstützung Arbeitsloher und 70 000 M. auf Krankenunterstützung. — Mit diesen Erfolgen des Jahres 1910 hat der Verband das zweite Vierteljahrhundert seines Bestehens verhitzungsvoll angefangen.

Doppelzüngigkeit „christlicher“ Arbeitnehmerabgeordneten.

Als am 5. Mai im Reichstag bei Erörterung der Reichsverfassungsordnung der sozialdemokratische Abgeordnete Robert Schmidt darauf hingewies, daß auf dem letzten christlichen Gewerkschaftskongreß in Köln sich auch der Zentrumsabgeordnete Becker gegen den Abschluß des Arbeitereinfusses in den Landstrukturkassen gewandt, in der Kommission aber mit dem Zentrum diese Kassen dem Landrat ausgeliefert habe, und so die christlichen Arbeiter über die Absichten des Zentrums irregeführt habe, antwortete der brave Herr Becker:

"Ich habe auf dem christlichen Gewerkschaftskongreß nicht als Zentrumsabgeordneter, sondern als Mitglied der christlichen Gewerkschaften gesprochen. Auch habe ich damals den ersten Regierungsentwurf kritisiert und gleich hinzugefügt, unsere Untersuchungen werden sich ändern, je nachdem, wie sich die Haltung der Regierung ändert."

Das Eingeständnis des Herrn Becker, daß er bei den christlichen Gewerkschaftern anders redet und handelt, wie innerhalb der Zentrumsfraktion, löste natürlich auf der gesamten Linke des Reichstages schallende Heiterkeit aus, die ihren Höhepunkt erreichte, als Herr Becker der ersten Plenarie nach die zweite hinzufügte, indem er erklärte, daß man im zentrum-christlichen Lager seine Ansicht ändere, je nachdem die Regierung ihre Haltung ändere. Und solche Leute wollen nun noch ernst genommen werden! Uebrigens hat der zentrum-christliche Arbeiterschaftsrat da einmal offen die Wahrheit gesagt. Es liegt in der Tat heute so beim Zentrum, daß es seine Politik ganz der Regierungswindmühle anpaßt. Staunen muß man nur immer wieder über die Schafsfedden der christlichen Arbeiter, die sich eine solche Doppelzüngigkeit ihrer Vertreter gefallen lassen.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine im Jahre 1910.

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine vermag wiederum auf ein sehr gutes Geschäftsjahr zurückzublicken, ihr Umsatz belief sich auf rund 89 Millionen Mark, ihr Steingewinn auf rund 1 Millionen Mark. Der diesjährige Geschäftsbericht ist insoweit besonders interessant, als er zum ersten Male über Eigenproduktion in größerem Maßstab berichten kann. Während die Großeinkaufsgesellschaft bisher nur eine Tabakfabrik betrieb, hat sie am 1. Januar 1910 die Tabakarbeitergenossenschaft mit ihren drei Zigarettenfabriken übernommen und kann damit hier über ein halbes Jahrhundert der Eigenproduktion berichten. Die Seifenfabrik kann noch nicht auf einen vollständigen Jahresabschluß zurückblicken. Sie hat ihren Betrieb im Juni aufgenommen, die ersten Lieferungen erfolgten im Juli.

Die Uebernahme der Zigarettenfabriken der Tabakarbeitergenossenschaft fiel in eine sehr ungünstige Zeit, da das am 15. August 1909 in Kraft getretene Gesetz über den Tabakwertzoll noch im Jahre 1910 die Geschäftsergebnisse außerordentlich stark beeinflußte. Trotzdem stieg der Gesamtumsatz von 27 807 Mille Zigaretten auf 30 118 Mille, das bedeutet eine Umlaufsteigerung von 8,3 Prozent. Der Verkaufspreis der Zigaretten betrug im Jahre 1909: 1 285 944 M., im Jahre 1910 dagegen 1 477 880 M., er vermehrte sich also um 14,7 Prozent. Der Umsatz an Tabakfabrikaten stieg von 536 385 M. auf 668 180 M.

Da die Zigarettenfabriken der Tabakarbeitergenossenschaft übernommen wurden, übernahm die Großeinkaufsgesellschaft mit ihnen auch eine Reihe Kunden, die nicht zu den Konsumvereinen gehören. Im letzten Geschäftsjahr, in dem die Fabriken von der Genossenschaft betrieben wurden, betrug der Anteil dieser fremden Kunden am Gesamtumsatz nahezu 31 Prozent. Die Uebernahme durch die Großeinkaufsgesellschaft führte jedoch eine Steigerung des Absatzes bei den Konsumvereinen herbei, so daß der Umlauf an Fremde nur noch 25 Prozent betrug. Über 700 Konsumvereine bezogen ihre Zigaretten und Tabakfabrikate von der Großeinkaufsgesellschaft. Die weitere Entwicklung wird sicher dahin führen, daß die Zigarettenfabriken künftig fast ausschließlich für den organisierten Konsum arbeiten, womit die Hauptdienstleistung, die den reinen Produktionsgenossenschaften bei ihrer Ausbreitung im Wege steht, überwunden wäre.

Der Geschäftsbericht der Großeinkaufsgesellschaft gewährt einen interessanten Einblick in die Wirkung des neuen Tabakzolls. Der Mehrumsatz wurde fast ausschließlich bei den Zigaretten in den Preislage-

bis zu 50 M. erzielt. Hier stieg der Absatz von 14 800 Mille auf 19 200 Mille, während er bei den Zigaretten in höheren Preislagen von 13 000 auf 10 000 Mille zurückging.

In den drei Zigarettenfabriken wurden im Jahresdurchschnitt 480 Arbeiter und Arbeitnehmer beschäftigt, davon 124 in Hamburg, 100 in Frankenbergs und 256 in Hodenheim. Das der Anteil der Hamburger Fabrik an der Gesamtarbeiterzahl so niedrig ist, beruht zum größten Teile darauf, daß bei den Hamburger Arbeitsschören die Fabrik in der Produktion billigerer Sorten nicht konkurrenzfähig ist und daß man diese daher in den anderen Fabriken herstellen lassen muß.

Die Seifenfabrik setzte in den sechs Monaten Juli bis Dezember 2 000 000 Kilogramm um. Der Wert dieses Umsatzes beträgt 1 870 000 M. Der ein derartiger, neu eingerichteter Betrieb nicht gleich voll leistungsfähig ist, ist für das nächste Jahr ein bedeutend größerer Umsatz zu erwarten, stieg doch im abgelaufenen Jahre der Umsatz von 400 000 Kilogramm im August auf 870 000 Kilogramm im Dezember. Diese Steigerung wurde erzielt, obwohl die Marktverhältnisse für die Rohstoffe der Seifenfabrik außerordentlich ungünstig waren. Die Leute und Delle, die zur Seifenfabrikation gebraucht werden, wiefern ganz enorme Preise auf. Derartige Vorgänge hindern natürlich eine in der Entwicklung begriffene Fabrik bedeutend mehr als eine bereits eingearbeitete und mit ihren Produkten gut eingeführte. Das Gesamtpersonal der Seifenfabrik besteht sich auf 189 Personen. Das eigentliche Arbeitspersonal bilden 88 Arbeiter und 70 Arbeitnehmerinnen.

Sich die Kasse erstmals hat einen ansehnlichen Mehrumsatz zu verzeichnen, sie setzte 1 608 000 Kilogramm um, gegen 1 534 000 Kilogramm im Jahre 1909, das macht ein Mehr von 5 Prozent.

Im Warenhandel sind ebenfalls bedeutsame Fortschritte zu verzeichnen. Die Zahl der Artikel, die in eigenen Packungen mit der Schutzmarke GEG geliefert werden, ist wiederum gestiegen. Es wurden im Berichtsjahr neu eingeführt: Mandariner Milch, Haferflocken, Eismilch, Suppenküchlein, Vanille, Zichorien. Für zwei weitere wichtige Artikel, Margarine und Blumenkinder, waren am Ende des Berichtsjahrs die Vorbereitungen für die Lieferung in eigener Packung noch nicht völlig zum Abschluß gelangt; ingewissen ist jedoch auch hier die Einführung erfolgt. Diese eigenen Packungen der Großeinkaufsgesellschaft haben für den organisierten Konsumenten viel größere Bedeutung, als mancher denkt. Sie ermöglichen für Artikel, bei denen die eigene Produktion noch nicht angebracht ist, eine Emanzipation von der privatkapitalistischen Produktion. Durch Fortfall der Melliare und vieler Betriebsmittel sind diese Artikel in eigener Packung billiger als die entsprechenden Markenartikel. Vor allem aber wird auf diese Weise die Kaufkraft konzentriert, denn Fabrikanten stehen nicht mehr die vielen einzelnen Käufer gegenüber, sondern als deren Vertreter ein großes, kapitalrästiges Geschäft, das jederzeit mit einem Wechsel der Fabrik drohen kann und infolgedessen in der Lage ist, die Interessen der Konsumenten welsam wahrzunehmen.

Von anderen genossenschaftlichen Organisationen bezog die Großeinkaufsgesellschaft für 8 000 000 M., während sie im Vorjahr nur für etwas über 3 Millionen Mark bezog. Unter den hier in Frage kommenden Betrieben steht dem Umsatz noch an erster Stelle die Papierwarenfabrik der Verlagsanstalt des Zentralverbands deutscher Konsumvereine von Heinrich Kauffmann & Co. mit 637 000 M. Von der Nordhäuser Kaufabtarbeitergenossenschaft wurden für 229 000 M. bezogen, verschiedene Molkereien und Käsefabriken lieferten zusammen für 877 000 M.

Die Zahl der Gesellschafter der Großeinkaufsgesellschaft ist auch gestiegen, sie beträgt jetzt 875. Die Zahl der Vereine, die von der Großeinkaufsgesellschaft beziehen, ist natürlich bedeutend größer, es waren 1910: 1551 gegenüber 1521 im Jahre 1909.

Die Bankabteilung der Großeinkaufsgesellschaft, die ihren Betrieb 1910 begonnen hat, erhöhte ihren Bestand an Kontrollen von 180 auf 290. Die Gesamtumsätze im Vorverleih betragen:

im Debet:	im Kredit:
1910 62 410 508,42 M.	63 229 534,30 M.
1900 35 065 671,88	31 953 797,20
also 1910 mehr 27 344 026,74 M.	28 375 787,10 M.

oder 77,0 Proz. Erhöhung, oder 81,2 Proz. Erhöhung.

Der Gesamtumsatz der Bankabteilung auf allen Konten einer Seite des Hauptbuches betrug im Jahre 1910: 347,3 Millionen Mark gegenüber 243 Millionen Mark im Vorjahr.

Die Großeinkaufsgesellschaft hat seit einer sehr vorstichtigen Finanzpolitik betrieben, so daß sie heute ein außerordentlich kapitalrästiges Geschäft ist. Ihr gesamtes Betriebskapital beläuft sich im vergangenen Jahre auf 2 033 181 M. Dazu treten nun jedoch sehr erhebliche Zuwendungen aus den Erträgen dieses Jahres, da die Großeinkaufsgesellschaft den Grundstock befolgt, in erster Linie ihr Kapital zu stärken und nur geringe Rückvergütungen zu zahlen. Die angeschlossenen Vereine erhalten außer der Vergütung des Stammkapitals eine Rückvergütung von 2 per Mille, die nicht angeklassenen Vereine von 1 per Mille. Diese gesamte Rückvergütung beträgt bei einem Gemisch von 1 Million Mark nur rund 167 000 M., dafür werden dem Meister und anderen Fonds 770 198 M. zugeschrieben. Diese Zuwendungen unterliegen zwar nach der Bezeichnung der Generalversammlung. Diese hat jedoch die Geschäftsführung bei ihrer vorstichtigen Finanzierung letzt unterstützt, so daß an der Zustimmung nicht zu zweifeln ist. Es würde sich dann das Kapital auf 4 703 350 M. belaufen.

Das gesamte Personal zählte am 31. Dezember 1910: 1155 Köpfe, davon entfielen auf die Produktionsbetriebe 757 Personen. Im Vorjahr betrug die Personenzahl nur 834. Ist die Vermehrung auch zum größten Teil auf die Angliederung der Produktionsbetriebe zurückzuführen, so doch auch in der Zentrale eine Vergrößerung festgestellt, der naturgemäß auch eine Vergrößerung der Räume entsprechen müste. Es wurde am Verwaltungsgebäude Hamburg ein großer Anbau vorgenommen. Die Arbeitsverhältnisse des gesamten Personals sind durch Tarifverträge geregelt, die nicht nur anständige Lohn- und Arbeitsbedingungen festsetzen, sondern auch Ferien vorsehen.

Die Großeinkaufsgesellschaft hat also ein Jahr hinter sich, mit dem sie wohl zufrieden sein kann. Hoffentlich findet sie bei den Konsumenten auch weiterhin die genügende Unterstützung, damit sie stets in der Lage ist, die Interessen des organisierten Konsums wahrzunehmen.

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtbezirk Dortmund.

Beide Holländ I und II. Am 17. Juni, als der Weiterförderektor feierte, hat Fahrhauer R. (Steiger I) einen Mann zum Weiterfördern bestellt, der noch nie vor Achte gearbeitet, ja nicht einmal Zimmerbauer ist, sondern wegen eines Beinbruchs die Straße schleift. Wie kommt der Fahrhauer dazu? Als er einmal in der Schmiede eine Bestellung machte und dieselbe eigenhändig verlangte, wurde ihm gesagt, er müsse die Bestellung ins Postbüro eintragen. Darüber erbot, hörte er die Schmiede an: "Zich bin kein Bergmann, ich bin Branteler!" Beide Rechte Leute titulierte er: "Bumme Jungen", "Bürschchen" usw.; am 3. Mai wurde er sogar handgreiflich. Alten Anwälten schreibt er vor, daß sie in einer halben Schicht 4½ Fuß mit der Hand bohren müssen. Er habe in der Grube jede Schicht zwei Meter gehobt. Dem Fahrhauer R. wäre ebenfalls zu raten, etwas mehr Zurückhaltung zu üben.

Beide Scharnhorst. Wegen Mängel an Absatz hißt es: "Am Monat März wird gefeiert"; und man hätte meinen sollen, daß die augenblickliche Konjunktur sehr ungünstig wäre.

Aber zum größten Erstaunen wurden im Monat April die Kameraden angehalten, Überfördert zu versetzen und es wurde sogar am 22. und 29. April eine Hördereinsicht eingeleitet. Schreibt zu bedauern ist es, daß viele Kameraden sich dazu bewegen ließen, die Überfördert zu verzehren, obwohl unter Verbandsregeln jels das Weiden von Überfördert herhebt. Es ist sogar vorgekommen, daß vor einiger Zeit vor einer Arbeit, als die betreffenden Kameraden eine Doppelschicht gemacht hatten, am anderen Morgen das Gedinge reduziert wurde. Man sollte doch meinen, daß den Kameraden die Lust zur Doppelschicht verginge und es ihnen wie Schuppen von den Augen fiele, daß die Überfördert nicht ihren Körper ruinieren, dem Kapitalisten aber den Geldsack füllen. Auch wird in letzter Zeit vielfach Klage geführt betreffs der Seilfahrt und es ist ein Wunder, daß noch kein Unglück passiert ist. Wurden doch noch am 3. Mai am Schacht I sowie am Schacht II die Hördertöre zu hoch gezogen und es ist ein Glück zu nennen, daß am Schacht I der Zugang ausgeschlossen war, sonst wäre der auf dem Korb befindliche Kamerad ertrunken. Die Stirnburg hat über eine halbe Stunde ge-

bauert. Am Schacht II wurde, wie verlautet, der Schachtausleger beinahe bis zur Teilscheibe gezogen. Dieses kann nur auf das häutige Wechseln der Maschinenteile zurückzuführen sein. Es wäre zu münden, daß in diesem Falle nichts genommen und Remonté gefordert würde, ehe ein Unglück passiert ist. Am 3. Mai sind 803 Mann mit 2,-- 2,50 und 3,-- M. bestraft worden, weil die Kameraden ihren höchsten Fördertag (den 1. Mai) gefeiert hatten. Ob das eine Schädigung sein soll, wissen wir nicht, aber verschärft können wir den Herren, daß dieses für uns kein Schaden wird, ist doch in den letzten Jahren auch hier die Zahl der Mitarbeiter gestiegen und wie wollen hoffen, daß dieses für die übrigen Kameraden ein Ansporn sein wird, damit die Maschinen endlich mal eine einheitliche werden. Gleichfalls erinnern wir die Kameraden, die dem Verband noch fernbleiben, an ihre dringende Pflicht und Schuldtat, sich zu organisieren, auf daß der Kampf in geschlossener Phalanx gegen unsere Ausbeuter und Unterdrücker geführt werden kann.

Hannover, Braunschweig, Hessen-Nippe.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Julius Wieland †

Ist am 12. Mai im Alter von 88 Jahren in Bochum gestorben. Mit ihm ist wieder einer von der alten Garde ins Grab gesunken. Seit der Gründung des Verbandes im Jahre 1889 gehörte er denselben ununterbrochen an. Viele Jahre war er, als alter Dantebear, Vertrauensmann unseres Verbandes in Bochum. Stets war der alte Julius, wie ihn seine Kameraden nannen, einer der ersten, wenn es galt, für den Verband einzutreten. Das bleibt ihm unvergessen.

Die Kehlen der Alten richten sich immer mehr, einer nach dem andern nach dem Tode seinen Tribut zollen. Gestiftet nach innen und außen aber steht unser Verband, allen Stürmen zum Trotz. Das verbannt wie in der Hauptsache der alten Garde, die auch in der schlimmsten Sturm- und Drangperiode die Fahne des Verbandes hochhielt. Zu ihr gehört auch unser alter Julius. Ehre darum seinem Andenken!

Knappschäftsältestenwahlen.

Entscheidung des Knappschäftsverstandes vom 18. April 1911 finden am Samstag, den 24. Juni d. J., vormittags von 9 bis 12 Uhr und nachmittags von 4 bis 7 Uhr in folgenden Sprengeln die Knappschäftsältestenwahlen statt:

Sprengel 6a. Von der Gemeinde Eving die Berg- und Kapellenstraße und von der Kolonie der Zeche Minister Stein die Schillerstraße und den westlich derselben gelegenen Teil der Kolonie. Von der Gemeinde Lindenhorst die Evingerstraße.

Wahllokal: Wirtschaft Witwe Möldt in Eving, Bergstr. 40.

Sprengel 273. Von der Gemeinde Hamm-Born die nachbenannten Straßen: Baier, Bau, Bismarck-, Bürger, Elisabeth- und Eisenstraße, Fahrnerstraße ungerade Nummern von 1 bis 83 und von 85 an zu beiden Seiten, Feld, Gerhard- und Hammonerstraße, Hermann-, Hohenzollern-, Hoffsteiner-, Hugo-, Mühlstraße, Kaiserstraße bis zur Waldrstraße, Karlstraße, Krähenpolsterstraße, Krummestraße auf beiden Seiten, Leo-, Loh-, Lorenz-, Mattheidenstraße, Mittelstraße von Nr. 1 bis zur Bechenbahn, Moltkestraße, Neumarkt, Nordstraße von der Bechenbahn bis zur Fahrnerstraße, Otto- und Polhoffstraße, Provinzialstraße (Ortschaft Hamm-Born) gerade Nummern von 280 bis 400, Provinzialstraße (Ortschaft Margarethen) von Nr. 2 bis 70, Roon- und Sandstraße von Nr. 1 bis zur Bechenbahn, Waldrstraße ungerade Nummern von Kämpf- bis Kaiserstraße, Werderstraße von der Bechenbahn bis Fahrnerstraße, Waterkamp-, Wieland- und Wilhelmstraße.

Wahllokal: Wirtschaft Herrchenpoth in Fahrn, Warbrückstraße 200.

Sprengel 382a. Von der Gemeinde Kray die nachbenannten Straßen: Bahnhof-, Essener-, Brillendorferstraße, Hauptstraße ungerade Nummern von 119 bis zur Unterführung der Eisenbahn Kray-Kord, Heinrich-, Hofstraße, Hubertstraße gerade Nummern, Joachim-, Josef-, Kappelerstraße, Karlskirche ungerade Nummern von 67 bis Schlüch, Markt-, Schul- und Siegenstraße.

Wahllokal: Wirtschaft Heihoff in Kray, Hauptstraße 135.

Wahlberechtigt sind also im Sprengel wohnende, 21 Jahre alten, beitragszahlenden Mitglieder, die sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden. Nach diesen Mitgliedern sind Wahlberechtigt, die nur der Krankenkasse angehören, dergleichen die franksierenden und solche Mitglieder, die wegen Vollendung eines Dienstalters von 2000 Beitragsjahren von der weiteren Zahlung der Pensionskassenbeiträge befreit sind.

Das Wahlrecht kann nur persönlich ausgeübt werden.

Die Wähler haben sich, um zur Wahl zugelassen zu werden, zur Eintragung in die von der Bechenverwaltung aufzustellende Wählerliste persönlich zu melden und zwar bis spätestens drei Wochen vor der Wahl, d. i. bis einschließlich 2. Juni 1911. Spätere Anmeldungen werden nicht berücksichtigt. Auch muss jeder Wähler persönlich seinen Ausweisschein in Empfang nehmen.

Wer verhindert ist, sich persönlich zum Eintragen in die Wählerliste und zur Entgegennahme des Ausweisscheines bei der Bechenverwaltung zu melden, muss durch eine vom Knappschäftsältesten zu beauftragende Vollmacht eine andere Person, die in der Vollmacht genannt sein muss, damit beanspruchen.

Dienstleistende Kameraden, die während der Meldezeit ihre Arbeitsstelle wechseln, müssen sich auf ihrer neuen Arbeitsstelle in die Wählerliste eintragen lassen. Eine eventuelle Eintragung aus der alten Arbeitsstelle würde beim Wechsel der Arbeitsstelle ohne weiteres wieder gelöscht werden und wäre der betreffende Kamerad seines Wahlsrechts verlustig, wenn er sich auf der neuen Arbeitsstelle nicht noch einmal eintragen ließe.

Auch bitten wir die Kameraden zu beachten, dass nach der neuen Wahlordnung die Wählerlisten nach der Prüfung durch den Knappschäftsältesten drei Tage lang auf der Seite zur Einsicht der Mitglieder offen gelassen werden müssen. Die Tage, an welchen die Einsichtnahme erfolgen kann, werden von der Knappschäftsverwaltung bekannt gegeben.

Es gilt jetzt dafür zu sorgen, dass sich alle wohlberechtigten Kameraden in die Wählerliste eintragen lassen und zur Wahlkarte reichten, um den Kandidaten des Verbandes zum Siege zu verhelfen.

Burnkrankheit der Bergleute.

In der Tagesspreize wurde kürzlich berichtet: "Auf dem zweiten internationalem Kongress für Gewerbekrankheiten in Brüssel machte Professor Dr. Prinz, belgisches, in einem Vortrag über die Antikrankheits bemerkenswerte Mitteilungen über den Stand der Burnkrankheit im rheinisch-westfälischen Kohlerevier. Wie wir dem kürzlich in Brüssel erschienenen Kongressbericht entnehmen, ging der Vortragende davon aus, dass die Anreitung an Burnkrankheit durch eingekapselte Larven erfolgt, die durch den Mund aber auch durch die unverkleidete Haut in den Körper einzudringen könnten. In Deutschland sei die Krankheit nahezu ausschließlich eine Krankheit der Bergleute, da nur in den Bergwerken die richtigen Bedingungen für die Entwicklung der Larven vorliegen. Da die Bergleute nur im menschlichen Kontakt leben und ihre Gier durch den Atem noch euzer verstärkt werden, ist Sorge für möglichst große Reinlichkeit in der Grube und für ordnungsmäßige Beseitigung der wirtschaftlichen Faktoren eins der wichtigsten Mittel für die Bekämpfung der Krankheit. Des Weiteren soll die Errichtung möglichst aller Burntrager und Herstellung der aufzuhängenden Burntrager von der unterirdischen Grubenarbeit bis zu fast Abholzung einer Artikulationsfur durch ärztliches Attest als Burnfrei ermittelt und die Rüffindung der Burntrager zeitig durch die wissenschaftliche Untersuchung der Fäces der Gesamtgemeinschaft, die im allgemeinen vor kurzem zuvor ausgetragen wurden, festgestellt werden, damit es sich um sogenannte Burntrager handelt. Bei einiger Vorsicht, wozu in erster Linie auch die Kontrolle der mikroskopischen Untersuchungen gehört, hat die Burnkrankheit ihre Bedeutung für den rheinisch-westfälischen Bergbau verloren. Die Bekämpfung der Burnkrankheit ist ein schöner Erfolg der modernen Hygiene."

Danach schien alles in tollkommener Ordnung zu sein. Jetzt geht es durch die Presse folgende Mitteilung: "Die Burnkrankheit tritt in letzter Zeit hier wieder auf und hat neue Untersuchungen notwendig gemacht. So wurde ein großer Teil der Bergarbeiter der Zeche Krämer bis vor wenigen Tagen im katholischen Krankenhaus mit Beobachtung gestellt. Bei einer Anzahl von Bergleuten wurden Burntrager festgestellt. Auch auf einigen Bergwerken im Münsterländer Revier und an der Lippe wurden Krankheitsercheinungen beobachtet. Anscheinend sind die Infektionsträger vom Auslande hier neu eingeführt. Offenbar wird es gelingen, die Krankheit im Keime zu ersticken."

Wenn sich vorstehende Mitteilung bewahrheitet, trifft die Verantwortung besonders auch die Bergbehörde. Wir haben die ganzen Jahre hindurch gewarnt vor den gewissenlosen Beobachtern, die unter schwindelhaften Versprechungen die ausländischen Arbeiter heranzögen und vielfach ins Elend stürzen. Es war unmöglich! Wir haben immer und immer wieder auf die mangelsaften sanitären Einrichtungen in den Gruben hingewiesen. Alles umsonst! Die von uns gerichteten Auseinandersetzungen wurden meist nicht abgestellt, im Gegenteil, man suchte mit meist völlig unwahren Vertretungen unsere Kritik mundtot zu machen. Die obige Mitteilung zeigt, wie berechtigt unsere Kritik war. Offenbar sieht sich die Bergbehörde jetzt veranlasst, die selbe mehr wie bisher zu beachten.

Egoisten der Organisation.

Der Egoismus (die Selbstsucht), der allen großen Aufgaben und Bedürfnissen der Welt das persönliche Wohl vorausstellt, ist eine im Grunde höchst antisoziale (gesellschaftsfeindliche) Eigenschaft. Der Egoist steht außerhalb der menschlichen Gemeinschaft, die er nur dort anerkennt, wo ihre Kraft sich in ganz besondere Vorteile für die eigenen Wünsche umsetzen lässt. Und doch ist der Egoismus eines der wichtigsten Grundelemente der menschlichen Persönlichkeit, das den großen bewegenden Kräften, Hunger und Liebe, die nach Schillers und Goethes Behauptung das Getriebe der Welt erhalten, angesetzt werden muss. Die Selbstsucht ganz unterdrücken zu wollen, heißt dem Menschen die treibenden Kräfte nehmen, die ihn erhält und in Bewegung setzt. Es muss daher nur eine unfeine grübleiche Aussab sein, die egoistischen Triebe des Einzelnen so zu lenken und unter Kontrolle der Vernunft zu stellen, dass sie im Einklang mit dem Wohl der Gesamtheit stehen und für deren Held und Aufgaben schaffend bestätigt werden können.

Diese Umniedrigung eines menschlichen Triebes wird zunächst und vor allem von der Organisation befürchtet. Denn ihr Bestand und ihre Weiterentwicklung hängen davon ab, dass zur Erreichung eines bestimmten Ziels solidarische Handeln einsetzt und dass wirtschaftlich und sozial gleichartige Interessen einer Gruppe von Menschen von diesen einheitlich vertreten werden, wobei natürlich das mitunter in unangenehme Widersprüche gezogene persönliche Wohl hinzunehmen muss.

An dieser Erkenntnis ruht auch die stärkste Kraft der Organisation.

Denn darin, dass der Einzelne erkennt, dass er nicht allein, sondern

nur in der Gemeinschaft mit seinen anderen Berufsgenossen etwas erringen und das Erringen wollen kann, ist das Mittelmittel der Organisation. An die Stelle des Egoismus muss die Solidarität treten,

durch die wir die jetzt Erfolge erzielt haben.

Leider gibt es viele Kameraden, die, sobald sie etwas errungen haben, der Organisation wieder den Rücken kehren. Durch unser solidarisches Vorgehen wurden unsere Gegner gezwungen, wenn auch nicht alles, so doch vieles zu bewilligen, weil sie die Kraft unserer Organisation anerkennen mussten. Stattdaraus die richtige Lehre zu ziehen und danach zu handeln, fehren viele der Organisation wieder den Rücken und warten, bis andere wieder etwas herausgeholt haben, dass sie dann gern mit einstecken, ohne zu fragen, ob sie es verdienten oder ob sie dabei behilflich waren.

Dass solche Leute nicht nur sittlich verwerflich handeln, sondern sogar eine Gefahr für die Zukunft bilden, bedarf keines weit hergeholtene Beweises. Solche Leute vergessen nämlich, dass ein Erfolg geschaffen und verteilt werden muss. Gleichwie der Unternehmer nie so viel Zugeständnisse macht, als er auf Grund der Stärke der Organisation machen möchte, so warnt er auf den Augenblick, wo die letzte eine Schwäche zeigt, die es ihm möglich macht, die Zugeständnisse wieder zu beschneiden oder auch ganz wegzunehmen. Die gewerbliche Organisation hat eben nicht nur den West, Erfolge zu erringen, sondern diese auch festzuhalten und zu schützen. Und dazu gehört wahrlich nicht weniger Kraft und Schlagfertigkeit als zum Angriff selbst.

Man darf aber auch nicht glauben, dass die Organisation das Mittel ist, um jeden Tag neue Forderungen stellen zu können; dies wäre verfehlt, denn die Organisation braucht auch zeitweilig Ruhe, um sich erholen zu können, um neue Kräfte zu werben, um bei Kriegszetteln schlagfertig zu sein; sie muss die Kräfte sammeln und sich vorbereiten für neue Unternehmungen. Eine Organisation, die aus einem Hühnchen schüttet, gibt es nicht, so wenig es ein fruchtbringendes Feld ohne Aushalt gibt. Deshalb muss auch im Leben einer gewerblichen Organisation gefügt werden, ehe eine Ernte reift.

Für alle jene Egoisten in der Organisation, die zwar gern nehmen, ohne jedoch selbst dauernd solidarische Arbeit zu leisten, gilt das Wort Goethes:

Mann mit zugeklopften Taschen,
Dir tut keiner was zu! Sie!
Hand wird nur von Hand gewaschen,
Wenn du nehmen willst — ja gib!

Saargebiet und Reichslande.

"Saarpost"-Moral — zehn Tage Haft.

Von allen unseren Angestellten wird wohl keiner in solch gehässiger, rein persönlicher Weise angegriffen und heruntergerissen, wie unser Kamerad Leimpeters durch die in Saarbrücken erscheinende "Saarpost", ein Zentrumsorgan allermeidigster Sorte, das Dr. Zille die "Saarpost" nannte und dem selbst das führende Zentralschiff an der Saar, die "Saarbrücker Volkszeitung", mehrfach vorgeworfen hat, die "Saarpost" läge ihrer Leser wider besseres Wissen an. Stelle die Wahrheit auf den Kopf, und gegen die der katholische Arbeitersektor für Wohllebner ausrief: "Liberis nos a malo!" (Wefrei uns von dem Nebel!) Es ist das Blatt, in dem die Schüler August Brütsch ihre Geistesprodukte mit dem — Fackenstiel abladen und was da seit Jahren an christlicher Rechtlichkeit gegen Leimpeters zusammengeschafft worden ist, lässt sich in einem Artikel nicht aufzählen. Diesen Angriffen und Verleumdungen stand er fäul wehrlos gegenüber, da es in Saarbrücken bis heute noch keine einflussreiche Arbeiterpresse gibt, die "Saarpost"-Redaktion Verichtigungen einfach nicht aufzunehm und selbst der Klagesweg versagte, da der Verantwortliche seine Unschuld beteuerte, pater peccavi sagte. Z. ließ den Mann mit einer Schreierklärung laufen, sagte ihm jedoch, er solle in Zukunft den Raum mit aller jähzähler Schärfe, aber ohne die persönliche Verunglimpfung führen und sich ein für allemal zur Rüge nehmen, dass alle Artikel aus dem "christlichen" Gewerbezeitungsbureau direkt gelogen seien!! Eine kurze Zeit ging es gut, bis nach Abschluss der Lohnbewegung auf Merlenbach das Wolffsche Telegraphenbüro die Tafarenennachricht in die Welt setzte, auf Merlenbach streikten 3000 Mann der Belegschaft. Die "Saarpost" hing dieser Niedigung, die sie als Privattelegramm aus Merlenbach brachte, auf, und gegen die Bewertung einer sozialdemokratischen Tafarenennachricht handelte. Trotzdem die Nachricht jeder tatsächlich Grundlage entbehrt, durch die Grubenverwaltung in mehreren Werkstätten, durch Leimpeters in der Straßburger "Freie Presse" dementiert wurde, breitete die "Saarpost" am 4. Februar einen Artikel, in dem in bezug auf Z. gesagt wurde, dass die sozialdemokratischen Führer in Voerde keinen Verständnis hätten, auf Merlenbach sollte demnächst gestrichen werden. Leimpeters schrieb sofort an die "Saarpost"-Redaktion folgende offene Postkarte:

„Geehrte Redaktion! In Ihrer heutigen Nummer schreiben Sie: „So liegen die sozialdemokratischen Führer verdeckt, die 3000 Mann der Saar- und Moselfabrik geächtet in nächster Zeit in einen Streit zu treten.“ Die Nachricht von einem beabsichtigten Streit auf der Grube Saar und Mosel habe ich zuerst in der "Saarpost" gesehen und bitte Sie deshalb, mir den sozialdemokratischen Führer zu nennen, der Ihnen diese absurde Meldung gemacht hat. Noch auswärtig ist diese Tafarenennachricht vom Wolffschen Telegraphenbüro aus verbreitet worden, was auch Sie wissen und ebenfalls, dass die sozialdemokratischen Führer diesem Bureau vollständig fern stehen. Durch uns ist die Nachricht in der "Freien Presse" sofort dementiert worden, das wissen Sie auch. Demnach lügen Sie Ihre Leser wiederum wider besseres Wissen an! Das ist „Saarpost“-Moral!“

Durch diese Postkarte sollte die "Saarpost"-Redaktion gezwungen werden, entweder ihre verlogene Meldung zu widerrufen oder gegen Z. zu klagen, damit dieses die Gelegenheit wurde, ihr am Gericht die Verlogenheit zu beweisen. Das tat die Redaktion jedoch nicht, sondern brachte am 9. Februar folgenden Artikel:

„Der bekannte rote Gardist im Saargebiet hat sich nicht wenig über die Nachricht des Wolffschen Büros, wonach die Arbeiter der Saar- und Moselfabrik in Voerde beabsichtigten, in den Streit zu treten, aufgebracht. Anstatt sich nun mit dem Wolffschen Büro auseinander zu setzen, fällt er die Redaktion der "Saarpost" in echt sozialdemokratischer Rüpelhaftigkeit an. Herr Leimpeters — um dieses Prädikatplatzt sozialdemokratischer Erziehungskunst handelt es sich — ist ja also mit dem offiziösen Bureau zusammen-

schen, wenn ihm die Sache unangenehm ist. Auf einer offenen Postkarte an uns behauptet der rote Wahlhelfer der nationalsozialistischen Partei, die "Saarpost" habe die Nachricht in die Welt gesetzt und das Wolffsche Bureau habe sie weiter verbreitet. Nein, gerade das Umgekehrte ist der Fall. Das Wolffsche Bureau hat sie als Nachricht aus Berliner Blättern weiter gegeben. Herr Leimpeters hat sich also umsonst gegen die "Saarpost" aufgeregzt. Weiter behauptet er, wie hätten gewusst, dass die Nachricht in der "Freien Presse" demnächst worden sei, das ist natürlich auch nicht wahr. Wir lesen das offizielle Weltblatt von Straßburg nicht, selbst die nach der Seite bezahlten "geistvollen Beiträge" des bekannten "roten Hannes" aus Saarbrücken können uns nicht anregen, den Abonnementsbeitrag für das Blatt auszuzahlen. Zum Schluss heißt es auf der von Leimpeters an uns gerichteten offenen Postkarte: „Demnach lügen Sie Ihre Leser wiederum wider besseres Wissen an. Das ist „Saarpost“-Moral.“ Das ist eine bodenlose Frechheit, die wir allerdings an einem guten Teile der mangelhaften Erziehung des Herrn Leimpeters zu gute halten. Wie müssen leider daraus verzichten, den Herren wegen seiner läugnenden Behauptung vor Gericht zur Rechenschaft zu ziehen, weil jeder, der deutschen verklagt, sich der Gefahr ausgesetzt, die Kosten zu zahlen zu müssen. Wenn Herr Leimpeters übrigens sich über Eigentum entzweit will, soll er sich mit seinem Übergenossen Kautz auszutauschen, der bekanntlich geschrieben hat, ein Mensch habe gegenüber dem politischen Gegner nicht die Pflicht der Wahrhaftigkeit.“

Die "Saarpost" gestand weder ihren Freitum ein, noch stieg sie, fälschte aber den Inhalt der Postkarte und legt einen ihrer Leser und zweifelsohne wiederum wider besseres Wissen auf! Leimpeters ging nun in zwei Artikeln: "Saarpost"-Moral in der "Pfälzischen Post" vom 13. und 17. Februar scharf mit der "Saarpost" ins Gericht. In dem ersten Artikel wurde als Motiv zur Abwendung der Postkarte gesagt:

„Die eigentlichen Verleumer kann ich preisgeschichtlich nicht fassen, gegen ein armes Volk, das zufällig dem mährischen Verleger angehört, vorgesehen, ist weder ethisch und widerstrebt meiner Natur, und so blieb mir nur übrig, die "Saarpost" zum Klagen gegen mich zu provozieren, damit ich ihr am Gericht den Nachweis ihrer Verlogenheit erbringen kann.“

Und zum Schluss hiess es:

„Mich mit dem Wolffschen Telegraphenbüro anzuladen zu sehen, lag keine Verantwortung vor, da dieses Bureau nicht schrieb, sozialdemokratische Führer“ hätten die Streitnachricht „veröffentlicht“ lassen und würde die "Saarpost" nun ihr erstes "Privattelegramm" aus Merlenbach veröffentlicht haben, hätte ich mich auch mit ihr gar nicht beschäftigt. Bei der sozialdemokratischen Verlogigkeit der "Saarpost" muss dieses christkatholische Blatt selbst den Inhalt meiner Karte fälschen, mit ihrer Leser erneut und wiederum wider besseres Wissen auslegen! Ich schrieb auf der Karte, dass ich die Streitnachricht auerst in der "Saarpost" gelesen habe — eben das "Privattelegramm" aus Merlenbach — und daran macht die "Saarpost", dass ich behauptet habe, die "Saarpost" hätte die Nachricht in die Welt gesetzt. Vor so viel „guter Erziehung“ erachtet mich Schandar und Gott! Die "Freie Presse" liest die "Saarpost"-Redaktion nach ihrer Frage nicht und darf potenziert sie mit jeder Woche gegen das Blatt, zittert ganze Artikel, aber lesen tut sie dasselbe nicht!! Was soll man zu einer solch „guten Erziehung“ da noch sagen?? Aufrufen mit dem „alten Frei“ bei Dorfors: Und mit einem solchen Bad muss man sich herumschlagen!“

Am zweiten Artikel wandte Leimpeters sich hauptsächlich gegen den Vorwurf, die "Saarpost" läge deshalb nicht, weil Z. keine Verantwortlichen zahlten könne, und fügte aus, dass er als Angestellter des Bergarbeiterverbandes nicht in einer Klasse im D-Ring saßen könne, wie der christliche Generalseckretär Abda im Steigerwald, dass er, wie Millionen seiner Mitmenschen, ein armer Teufel und „gesetzlich eingerichtet“ sei. Aber die "Saarpost" und auch die „christlichen“ Generale hätten kein Recht, anderen vorzuhalten, sie zahlten keine Verantwortlichen, da doch der Frühförderer Meineidspfaffe bei der "Saarpost" verantwortlich war, und auch die "christlichen" Generale erachteten die "Saarpost" als „guter Familie“ allen Untergang, derartige Gemeinden und Verlogenheiten zu unterdrücken, hat sich der "Saarpost"-Verleger, Herr Scheuer, bei mehreren Parteigenossen bitter beschwert und meine Geister nicht erachtet, sie möchten doch auf mich einwirken, ihm nicht die Taten seines Bruders vorzuhalten. Ich kann sehr gut begreifen, dass es recht peinlich für Herrn Scheuer ist, derart im Kampf, dazu ganz unschuldig, mitgenommen zu werden, aber auch andere Menschen haben Ehegefühl und sind nicht immun gegen allen Schmutz und alle Verleumdungen, und wenn Herr Scheuer Schonung verlangt, wenn er fordert, und sogar mit Recht, ihn nicht für die Taten seines Bruders verantwortlich zu machen, so soll er auf die ihm unterstellte Redaktion einwirken, aus dem politischen Kampfe alle persönlichen Verlogenheiten fern zu halten, dann werde auch ich in Ruhe lassen und werde sachlich mit der "Saarpost" polemisierten.“

Anstatt dass nun die Redaktion Klage erhoben hätte, lief Herr Scheuer zum Richter und stand Leimpeters am 24. April wegen Beleidigung des "Saarpost"-Verleg

Das sind die Stichproben und Viehenswürdigkeiten aus einem einzigen Artikel der christkatholischen "Saarpost" und, wohlgemerkt, nicht etwa gegen einen politischen Gegner oder gar einen "Feind Gothes" und "seiner helligen Kirche", sondern gegen einen wachsenden Bergmann und Hubenreinen Katholiken, und der Verleger eines solchen Blattes darf stolz darauf sein, wenn ein politischer Gegner, der die volle Wahrheit gegen dieses famose Christenblatt schrieb, durch das Schwert der deutschen "Gerechtigkeit" verwundet wurde.

Mertenbach-Freimünen. Unter den Kameraden ist das Gerücht ausgestreut, der zweite Vertrauensmann und Unterlasser für Freimünen, Kamerad Paul Kempe, vertriebe außer der "Bergarbeiter-Zeitung" und der "Freien Presse" noch das Blättchen "Nach Feierabend". Bekanntlich werden unsere Kameraden seit Jahren durch unser Verbandsorgan gewarnt, Blätter von der Seite des "Nach Feierabend" zu abonnieren, folglich darf nicht gesubtelt werden, daß ein Verteil der "Bergarbeiter-Zeitung" gleichzeitig ein solches Blatt vertreibt. Diejenigen Kameraden, die darüber etwas Besichtigtes wissen oder denen Kempe ein solches Blatt angestellt hat, mögen dieses dem Kamerad Verga oder mir mitteilen, damit, falls etwas Wahres an dem Gerücht sein sollte, Kempe zur Rechenschaft gezogen und bestraft werden wird.

D. Lempeler.

Lohnbewegungen und Streiks.

Bergarbeiterstreik im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Es stehen circa 5500 Arbeiter im Streik.

Wie wir schon in den letzten Nummern der "Bergarbeiter-Zeitung" gemeldet haben, ist im Zeitz-Weissenfels-Altenburger Revier am 7. Mai der Streik ausgebrochen. Es blieb den schwer ausgebüttelten Braunkohlenarbeiter nichts weiter übrig, als die Kündigung einzutreten und nach Ablauf dreifachen in den Streik zu treten. Organisationsleiter und Arbeiter hatten vorher alles getan, um eine friedliche Lösung der schwelenden Differenzen herbeizuführen. Alle diese Versuche brachten kein befriedigendes Resultat, es war eben im Mai der Braunkohlen gewaltigen beschlossen, in keiner Weise nachzugeben. Die Forderungen wurden glatt abgelehnt. Vielfach wurden die Arbeiter von den Werkbeamten verhöhnt und aufgelacht. Durch derartige Vorlommissie wurde die Stimmung unter den Arbeitern immer verbittert. Die Werkverwaltungen glaubten zunächst noch nicht an den Ernst der Situation, sie glaubten, daß die Arbeiter und deren Organisationen den Kampf verlagen würden. Die Sache veränderte sich aber mit dem Augeblid, als am 24. April auf den Gruben des Zeitz-Weissenfels Altenburger Reviers die Kündigung eingetragen und im Altenburger Revier dieselbe auf den 29. April vorbereitet wurde. Bündnist war die Unternehmervereinigung und die Bürgerliche Presse baff, dann aber setzte ein Gescheit ein, daß die Arbeitgeber die Kündigung durch Gewalt erreicht oder erzwungen hätten. Viele Arbeiter hielten die Kündigung wieder zurückhaltend. Bei näherer Nachprüfung stellte sich heraus, daß es sich um einen ganz plumpen Bluff handelte. Heute können wir konstatieren, daß die Unternehmer einen großen Druck ausgeübt haben, um die Arbeiter zur Zurücknahme der Kündigung zu bewegen. Täglich kommen Arbeiter auf das Zentralstreichbüro in Zeitz und fragen, was sie tun sollen, denn sie fühlen es ein, daß sie von den Werkbeamten düpiert und überredet worden waren, ihre Kündigung zurückzunehmen. Die Unternehmer behaupten immer, daß die Arbeiter terrorisierten, sie selbst sind aber die größten Terroristen der Gegenwart, dies wird durch gewisse Vorgänge in dieser Bewegung ganz ersichtlich beweisen.

Die Arbeiter haben sich aber durch nichts abhalten lassen und haben den Kampf aufgenommen. In den Streiklinien der beteiligten Gewerkschaften sind etwa 5500 Streikende eingetragen. Die Zahl der Streikenden ist aber größer, denn es haben sich die unorganisierten Streikenden gar nicht in die Listen eingeschlagen lassen. Ein weiterer Teil der organisierten Arbeiter hat sich angeblich des kommenden Kampfes sponnen vor einigen Wochen in anderen Verufen Arbeit zu verschaffen geruht. Diese Arbeiter haben sich einfach gesagt, daß sie der Organisation nicht zur Last fallen wollen. Die Stellen dieser Arbeiter sind aber nicht mehr besetzt worden, denn der Bericht über die Lage im Braunkohlenrevier konstatiert, daß schon im März d. J. andauernder Arbeitermangel bestand. Es kommt auch in Frage, daß viele Arbeiter abgereist sind und schließlich haben sich auch noch viele Galizier, Ruthenen und Kroaten mit den Streikenden solidarisch erklärts und sind abgereist. Man kann also ruhig sagen, daß der Streik kräftig eingezogen hat und machen sich die Wirkungen desselben überall bemerkbar. Besonders im Altenburger Revier hat der Streik mit einer Schärfe eingezogen, die die Unternehmer nicht erwartet haben. Größere Werke haben entweder ganz still oder können ihre Betriebe kaum aufrecht erhalten. Selbst bürgerliche Blätter müssen zugeben, daß es nur im geringen Umfang möglich ist, den Betrieb aufrecht zu erhalten.

Da die ansässigen Arbeiter streiken, machen die Werke die größten Anstrengungen, fremde, besonders ausländische Arbeiter, heranzulösen. Beamte und Agenten sind überall tätig und täglich passieren größere oder kleinere Trupps die Bahnhöfe des Streikgebietes. Da die Streikposten auf ihren Posten sind, so gelingt es fast immer, die Arbeitswilligen zur Umkehr zu bewegen. Zu einem Dalle hatten es die Werkbeamten sponnen so weit gebracht, daß die Arbeitswilligen auf dem Leiterwagen Platz genommen hatten. Die Beamten freuten sich jedoch zu früh, denn es dauerte nicht lange, da waren die Arbeiter von den Streikenden aufgeklärt, schnell liegten sie vom Wagen herunter und wurden von den Streikenden aus dem Revier geschafft. Es bedarf oft nur einiger Worte, um die freudigen Arbeiter aufzufärfen. Die Freude über derartige Erfolge spornit die Streikenden zu immer größerer Aufmerksamkeit an. Aber auch die Werkverwaltungen sind auf dem Posten, die Gendarmerie und Polizei ist verstärkt worden, um die Arbeitswilligen vor den "Belästigungen" der Streikenden zu schützen. Besonders auf preußischem Gebiet tragen einzelne Hütter des Reviers ein Benehmen zur Schau, das den heftigsten Protest hervorruft. Besonders in Zeitz, Theissen, Lüdenau und Deuben kann ein geradezu aufreizendes Auftreten der Ordnungsbehörde konstatiert werden. In Zeitz ist in den ersten vier Streiktagen schon bald ein Dutzend Streikposten verhaftet worden. In Theissen vertritt die Gendarmerie die Ansicht, daß die Streikenden die Arbeitswilligen nicht anreden dürfen. Das Streikposten stehen sei nicht gestattet. Sowohl in Zeitz als in Theissen waren einzelne Hütter der Sicherheit der Ansicht, daß der Streikposten nur zwei- bis dreimal hin und hergehen dürfe. Die Polizeiamtschäften veranstalten geradezu ein Kesselstreiken gegen unsere ruhig ihr Amt ausübenden Streikposten. Das Tollste wurde jedoch am 11. Mai auf dem Bahnhof in Deuben geleistet. Es war den Streikenden bekannt geworden, daß ein Trupp fremder Arbeiter ankommen sollte. Einige Streikende begaben sich zur Wache. Als der Zug eintrat, waren 14 Gendarme auf dem Bahnhof. Damit unter polnisch sprechender Kamerad nicht an die fremden Arbeiter herantrete, erfolgte seine Verhaftung und wurde er zu allen Überfluss noch gefesselt. Auch der zweite Kamerad wurde verhaftet und so lange festgehalten, bis die Arbeiter auf den Gruben von Ross und Siegfried untergebracht waren. Wir fragen: Mit welchem Recht werden ruhig ihre Interessen vertretende Arbeiter wie gemeine Verbrecher gefesselt? Es hat den Anschein, als ob die Streikenden zu unlöslichen Schritten getrieben werden sollten, um später nach bekannter Manier über die Gewalttaten der Streikenden und die Notwendigkeit von Ausnahmegesetzen festzuhalten. Die Streikenden werden aber beweisen, daß sie sich nicht probieren lassen, daß sie es versuchen, mit allen geleglich erlaubten Mitteln ihre Bewegung zu fördern. Es wird schon dafür gesorgt, daß die überzeugten Beamten in ihre Schranken verwiesen werden.

Nach sind wir die Herren im Hause!

Der Herrenstandpunkt der Braunkohlengewerken ist es, der diesen Kampf herausgeschworen hat. Sie wollen keine Anerkennung der Arbeitersorganisationen, keine Gleichberechtigung der Arbeiter anerkennen. Noch sind wir die Herren im Hause und wollen es auch bleiben, so hat der Braunkohlenindustrielle Verein es beschlossen und so läßt es die kleinen und großen Unternehmer nach. Auf dem Braunkohlenwerk Bismarck bei Zipsendorf, hatte der größte Teil der Arbeiter die Kündigung eingereicht. Dies war der Verwaltung nicht angenehm. Zum Schutz der möglichen Elemente setzte sich die Verwaltung hin und erließ folgenden Uta:

"Es ist uns zu Ohren gekommen, daß von Agitatorien in den Versammlungen darauf hingewiesen wurde, daß bei einer Wiederaufnahme der Arbeit darauf bestanden würde, die Arbeitswilligen zu entlassen. Wie versichern jedoch unseren Belegschaftsmitgliedern,

wir werden denselben, der weiterarbeitet, den größtmöglichen Schutz angebieten lassen und auch in jeder Hinsicht förderlich und behilflich sein. Die gezeigten Werkverwaltungen haben beschlossen, diesen, welche sich gegen Arbeitswillige etwas aufzuhalten kommen lassen, nicht wieder anzulegen. Noch sind wir die Herren im Hause und wollen es auch bleiben."

Die Arbeiter nahmen diese werksseitliche Bekanntmachung mit lachendem Meine hin, aber nicht ein einziger ließ sich einschläfern, sie sagten sich, es wird und muss die Zeit kommen, wo der Herrenstandpunkt der Unternehmer gebrochen ist. Was wir tun können, wollen wir tun, damit dieser Zeitpunkt möglich schnell herbeigeführt wird.

Die Werksherren wollen keinen Frieden.

Wie haben schon wiederholt betont, daß die Bestrebungen der Organisationsleitung und der Arbeiter auf friedliche Weisung der Differenzen ergebnislos verließen, weil die Unternehmer nicht wollten. Die Organisationsleiter sagten sich: bevor die Kündigung abläuft, wollen wir noch einmal die Hand zum Frieden bieten. Unser im Streikrevier amtsführendes Vorstandsmitglied Husemann fragt im Einverständnis mit den anderen Organisationsleitern beim Oberbergamt in Halle und beim Bergamt in Altenburg an, ob die Organisationsvertreter zu einer unverbündlichen Aussprache empfangen würden. Dies wurde von beiden Seiten zugesagt. Am Freitag, den 5. und Samstag, den 6. Mai, wurden dann die Vertreter unseres Verbandes, des Centralverbandes der Maschinisten und Heizer, der Polnischen Berufskooperative und des Gemeindevereins (Grisch-Dunder) von den Vertretern der Bergbehörde empfangen und fand sowohl auf dem Oberbergamt, als auch der Betriebsinspektion in Altenburg eine kurze sachliche Aussprache statt. Herr Bergbaumanager Scharf in Halle erklärte sich bereit, bei dem Vorstande des Braunkohlen-Industrievereins anzufragen, ob er zu Verhandlungen bereit sei. Auch Herr Bergbaumanager aus Altenburg sprach seinen Einfluss in dieser Beziehung geltend zu machen. Die Organisationsvertreter genannten während der Unterredung die Überzeugung, daß beide Herren das ehrliche Streben hatten, vermittelnd einzutreten. Es stellt sich nunmehr jedoch heraus, daß auch diese Bestrebungen von den Werksherren nicht gewünscht werden, denn der Streikleiter ging am Mittwoch, den 10. Mai folgendes Schreiben zu:

"Der Bergbaumanager, Halle (Saale), den 9. Mai 1911.
J. R. 7812.

Zu Berufs des mir am 5. d. M. mündlich vorgetragenen Gesprächs, zur Verhandlung einer Vereinbarung zwischen den Vertretern der Arbeitersorganisationen und dem Deutschen Braunkohlen-Industrie-Verein in Angelegenheit der Arbeiterforderungen eine vermittelnde Tätigkeit aufzunehmen, habe ich mich dieserhalb an den genannten Verein gewendet und von diesem die Antwort erhalten, daß die beteiligten Bergbaununternehmer sich einmali gegen gegen die Verhandlungen mit den Arbeitersorganisationen entschieden haben. Unter diesen Umständen könne der Deutsche Braunkohlen-Industrie-Verein weder Verhandlungen einleiten noch meine Vermittelung dazu erbitten. Scharf.

An Herrn Bergarbeiter Dr. Husemann aus Bochum, zuerst Zeitz."

Die Streikenden haben sich mit dieser Antwort bereits abgefunden, sie werden zu kämpfen verüben, denn das gute Recht ist auf ihrer Seite. Auch ein Teil der bürgerlichen Presse muß dies zugeben, indem sie u. a. folgendes berichtet:

"Vom wirtschaftlichen Standpunkte aus betrachtet, muß es bedauert werden, daß es soweit kommen mußte. Es fragt sich, wer am längsten aushält. Die Arbeiter haben ihre Streikfassung, aus denen sie Unterstützungen erhalten, die gar nicht unberechtigt sind... einzelne Arbeiter erhalten fast eben so viel Unterstützung, als sie verdient haben."

Ein bester Beweis für die Berechtigung des Streiks läßt sich wohl nicht erbringen.

Massenversammlungen der Streikenden.

Am 11. und 12. Mai hatte die Streikleitung im Streikrevier neun große Streikversammlungen einberufen. Wegen des sterben Andrangs zu einigen Versammlungen konnten die Säle die Besucher nicht fassen und wurden die Versammlungen im Freien abgehalten. In größeren und kleineren Gruppen zogen die Streikenden den Versammlungsstätten zu. Überall leuchtende Augen und begeisterte Kampfesstimmen. Das Vorgehen der Organisationsleiter bei dem Oberbergamt in Halle und beim Bergrevieramt in Altenburg wurde einmütig aufgeheiszt. Mit neuem Mut befehlt, zogen die Streikenden nach Sächs. der Versammlungen wieder den heimatlichen Penaten zu. Wenn die Stimme so bleibt und die Streikenden weiter ihre Pflicht erfüllen, dann ist uns um die Sache der Streikenden nicht bange.

Zuzug nach dem Streikrevier ist streng fernzuhalten!

Tarifbewegung im Leipzig-Bornaer Braunkohlenrevier.

Die an der Lohnbewegung im Zeitz-Weissenfels-Altenburger Revier beteiligten Organisationen hatten auf Sonntag, den 14. Mai, eine Revierkonferenz für das Leipzig-Bornaer Braunkohlenrevier einberufen. Die Konferenz fand in Borna statt und war zahlreich besucht.

Bekanntlich wurden im März d. J. die Tarifverträge auch auf den Werken des Leipziger Reviers eingereicht. Die Werksherren lehnten auch hier jedes Entgegenkommen ab. Am letzteren Zeit ist die Verwitterung der Arbeiter noch dadurch geziert worden, indem verschiedenartige Lohn- und Gehingereduzierungen vorgenommen wurden. Zu allen diesen Fragen sollte die Konferenz Stellung nehmen und eventuell weitere Schritte beschließen. An der den kurzen einleitenden Worten des Bezirksleiters Weikart (Zeitz) folgenden Debatten geschah dies in ausgiebigster Weise. Die Delegierten berichteten, daß die Drangalierung der Arbeiter vielfach keine Grenzen mehr kennt. Lohnreduzierungen wären an der Tagessordnung. Die Arbeitersleistung würde durch alle möglichen Mittel gesteigert und sei es nicht verwunderlich, wenn die Erhöhung der Arbeiter immer größer werde. Wenn die Organisationen keine Schritte unternähmen, dann sei es nicht ausgeschlossen, daß es auf einzelnen Werken zu wilden Streiks komme.

Nachdem der Vertreter des Bergarbeiterverbandes, Husemann (Bochum), die Ansicht der Organisationsleitungen eingehend dargelegt hatte, fand nachstehende Resolution einstimmig Annahme:

"Die heute laufende von Arbeiterausschüssen und Schachtdelegierten außerordentlich stark besuchte Konferenz des Leipzig-Bornaer Reviers, nimmt Kenntnis von der den Arbeitern so wenig entgegenkommenden Haltung der Werksbesitzer in der Lohnfrage. Die Konferenz erkennt die von den Werksvertretern angeführten Gründe für ihre ablehnende Haltung, nicht als berechtigt an. Sie ist vielmehr der Ansicht, daß bei nur wenig geringem Willen die Forderungen bestätigt werden könnten. Die Konferenz befiehlt, nach wie vor an den gestellten Forderungen festzuhalten. Da einige Werksbesitzer sich bei ihrer Ablehnung auf die noch ungünstige Konjunktur befreien, bei Besserung derselben aber eine Besserung der Löhne in Aussicht gestellt haben, erwartet die Konferenz, daß letztere recht bald erfolgt. Unter Berücksichtigung dessen befiehlt die Konferenz, den Bergarbeitern zu empfehlen, zunächst eine abwartende Haltung einzunehmen, um zu sehen, ob die Werksbesitzer ihr teilweise Versprechen, die Löhne aufzubessern, einlösen werden. Die Lohnbewegung wird deshalb vorläufig vertragt und die Bergarbeiter aufgefordert, in der Kampffstellung zu verharren und die Organisation noch weiter zu stärken, damit der Kampf zu einer für uns gelegeneren Zeit, nicht wenn ihn die Werksbesitzer wollen, wieder aufgenommen, und nötigenfalls mit den äußersten Mitteln durchgeführt werden kann. Zu der Frage der Knappeldispensionsklasse fordert die Konferenz, daß wenn in allerletzter Zeit die Wünsche der Mitglieder nicht die entsprechende Berücksichtigung finden, die von den Arbeitern gewählte Kommission beantragt wird, bei der Regierung und dem Landtag die notwendigen Schritte einzulegen. Zum Schlus spricht die Konferenz ihre schärfste Missbilligung darüber aus, daß die hiesigen Werksbesitzer ihre Arbeiter fortgesetzt mißachten und in ihnen nicht mehr Menschen anerkennen wollen."

Die einmütige Annahme dieser Resolution ist ein Beweis dafür, daß die in der Konferenz Anwesenden gelernt haben, auch in den schwierigsten Fragen sich ein klares Urteil zu bilden. Nicht leicht ist es geworden, der Resolution zuzustimmen. Eine große Anzahl Vertreter wollte die Arbeitsniederlegung. Sie ist abgewandt worden, weil die Werksbesitzer sie sehr leicht herbeimünzen. Möge aber niemand glauben, daß es nun vorbei ist. Die Stimmung in der Konferenz hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß der Kampf kommen muß. Die stark besuchten Versammlungen in den letzten Wochen haben gezeigt, daß die Bergarbeiter bereit sind, den Kampf aufzunehmen. Mögen die Bergarbeiter aus diesem taktisch flugen Beifall ihrer Vertreter die Lehre ziehen und eine Agitation für den Verband entfalten, wie sie bisher noch nicht dagewesen ist. Es gilt nur zwei Gegner: Das Grubenkapital und die Uneinigkeit und Gleichgültigkeit der Bergarbeiter. Gegen diese beiden Feinde muß von allen einsichtigen Bergarbeitern angekämpft werden.

Die Lohnbewegung ist verlängert, diese kurze Zeit der Ruhe soll benutzt werden, die Schlachtreihen zu ergänzen, um dann um so einheitlicher auf dem Kampfseid erscheinen zu können.

Lohnbewegung auf der Grube Frankenholz.

Auch die mehr als beschämenden Forderungen der Belegschaft, wo nach für die einzelnen Kategorien eine Lohnaufschiebung von 20 Pf. gefordert, die Höhöförderung gar nur 4,50 Mt. pro Schicht ausmacht, hat der Herr Direktor Schulte-Mäter wiederum rücksicht abgelehnt.

Er hielt dem Arbeiterausschuß entgegen, die Belegschaftsversammlung am 2. April sei von laut 200 Personen besucht gewesen, hätte somit nicht das Recht, im Namen der Gesamtbelegschaft Forderungen zu stellen, weshalb der Arbeiterausschuss auch nicht das Mandat der Gesamtbelegschaft habe, die Forderungen zu vertreten. Mehr als 500 Mann der Belegschaft wären mit den heutigen Lohnverhältnissen zufrieden und lohnten die Forderungen ab. Des Weiteren gab Herr Direktor Schulte-Mäter dem Arbeiterausschuss Einblick in die Bilanz, die allerdings ungünstig steht, jedoch nicht so ungünstig, daß die geringfügige Lohnzulage nicht gewährt werden könnte. Was nun den Einwand betrifft, daß die Belegschaftsversammlung am 2. April nicht darart besucht gewesen sei, sei bemerkt, daß wegen dem damaligen Putsch der Schlepper und Bergdeitere die Versammlung plötzlich einberufen werden mußte und weil, wegen dem Druck des Herrn Schulte-Mäter wiederum rücksicht abgelehnt wurde.

Auf Grube Hercules in Hirschfelde steht der Streik unverändert. Die Verwaltung behauptet, eine Karte oder einen Brief erhalten zu haben, worin mitgeteilt wird, wenn die in den Berliner Obdachlosen-Häusern aufgelesenen Arbeitswilligen nicht bis Sonntag, den 7. Mai abgeschoben seien, das Werk in die Luft gesprengt würde. Selbstverständlich erfuhrte die Verwaltung um verhängnisvolle politischen Schluß, sogar um Militär soll je erachtet haben. Die Verwaltung soll doch solche Manöver unterlassen, damit schadet sie nur ihrem Ansehen. Haß die Karte oder der Brief wirklich echt ist, hat sie irgend ein Vermittler.

„Es ist uns zu Ohren gekommen, daß von Agitatorien in den Versammlungen darauf hingewiesen wurde, daß bei einer Wiederaufnahme der Arbeit darauf bestanden würde, die Arbeitswilligen zu entlassen. Wie versichern jedoch unseren Belegschaftsmitgliedern,

unter sich selbst Ordnung, da bedarf es seiner Polizei. Wen gibt sich die größte Mühe, Arbeitswillige selbst aus Ruffsch-Gulen heranzuholen, doch ist es bisher noch fast immer gelungen, dieselben abzuschlieben.

Am 23. April hatte anlässlich des zweiten Streikbrechervertrags ein Gendarm dem Wahnwütige verboden, die Schranke aufzumachen. Die Beamten waren daher durch die Schranke. Ein streitender Bergmann, der für sich dasselbe Recht beansprucht, wurde vom Gendarmen verhaftet und der Wahn übergeben. Nun ist dem Betreiber von der Eisenbahnbetriebsdirektion Treiden-Neustadt folgendes Schreiben zugegangen:

"Nach Anzeige des Bahnhofs Hirschfelde haben Sie am 23. April 1911 die Wege schließen am Bahnhübergang auf Station Hirschfelde durchbrochen und sind dadurch strafbar gemacht.

Wir wollen für blosmal ausnahmsweise von Bestrafung abschonen, machen Sie aber darauf aufmerksam, daß wir im Wiederholungsfall von der uns zustehenden Strafbefugnis unmissverständlich Gebrauch machen müssten."

Die Eisenbahnbetriebsdirektion zeigt demnach mehr Verständnis für die Verhältnisse, wie die übereifrige Gendarmerie.

Auch die Justiz ist schon in Tätigkeit getreten. Vor dem Schöffengericht in Reichenau mußte sich der 25jährige Bergarbeiter Wenzel Hillerbrand aus Mertendorf wegen Vergehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung verantworten. Er soll am 18. April den Arbeitswilligen Max Lehmann aus Reichenau auf dem Weg zur Arbeit angegriffen und unter Drohung und Schreie verübt haben, ihm zur Niederlegung der Arbeit zu bewegen. Der als Zeuge auftretende Ankläger beschwerte, in dem Anklage den Täter wiederzuerkennen, was dieser leugnete. Weitere Zeugen dieses Bergarbeiter zeigten, daß der Urteil wurde auf zwei Wochen bestrafen.

Höhe der Klage den höchsten Staatsbeamten des Reiches, den Reichsgericht aus Mertendorf wegen Vergehens gegen den § 153 des Str.G.-W. (Wahrung berechtigter Interessen) zugeklagt und er wäre freigesprochen worden. Danach wird ein Arbeitswilliger, und wäre er auch der verwohnende Hinwegdritt, höher bewertet, wie selbst der höchste Staatsbeamte.

Zuzug nach dem Streikrevier ist streng fernzuhalten!

Die Mitglieder des Verbandes besprachen nochmals die Lohnverhältnisse auf Frankenholz seit 1908 im Vergleich mit den beiden anderen Gruben. Es ergibt sich demnach folgendes Bild:

Grube	Schichtlohn		Jahreslohn	
	unter irdisch	gesamt	unter irdisch	gesamt
St. Ingbert	1908 4,08	Wif. 4,08	1908 1419	Wif. 1255 Mf.
Mittelbergbach	1908 4,61	" 8,88	1908 1211	"
Frankenholz	1908 4,61	" 8,80	1908 1258	"
St. Ingbert	1909 4,77	" 4,14	1909 1282	"
Mittelbergbach	1909 4,80	" 8,02	1909 1217	"
Frankenholz	1909 4,61	" 8,78	1909 1214	"
St. Ingbert	1910 5,48	" 4,18	1910 1274	"
Mittelbergbach	1910 6,10	" 8,02	1910 1222	"
Frankenholz	1910 4,48	" 8,70	1910 1141	"
Frankenholz	1908 4,61	" 8,80	1908 1258	"
Frankenholz	1908 4,61	" 8,76	1908 1414	"
Frankenholz	1910 4,48	" 8,70	1910 1141	"

Wie aus diesen amtlichen Seiten gelingen, ist auf Grube Frankenholz der Schichtlohn pro Schicht um 19 Pf., der Jahreslohn um 117 Mf. gegen 1908 gefallen, so daß durch eine allgemeine Lohnauflösung wiederum um 20 Pf. pro Schicht erst wieder der Lohnstand von 1908 um ein geringes übersteigen würde. Damit wäre ein Ausgleich der seither eingetretene Steigerung aller Lebensmittel nicht herbeigeführt, die Lebenshaltung des Bergleute gegenüber 1908 noch immer wesentlich schlechter. Ein Vergleich mit St. Ingbert zeigt erst recht, wie benachteiligt die Frankenholzer Bergleute sind. Auf St. Ingbert seit 1908 eine Steigerung des Jahreslohnes der unterirdischen eigenständigen Bergleute um 180 Mf., eine Steigerung des Schichtlohnes um 80 Pf., auf Frankenholz ein gewaltiger Rückgang, der so stark ist, daß man den Jahreslohn der eigentlichen Bergarbeiter verschämt verschwieg! Die ehemaligen Bergarbeiter haben 1910 auf Frankenholz pro Schicht 1,05 Mf. weniger verdient, als auf St. Ingbert, während 1908 ihr Schichtlohn um 7 Pf. hinter St. Ingbert, ihr Jahreslohn sogar um 89 Mf. höher stand! Unter solchen Umständen hätte man billigerweise erwarten sollen, daß der Herr Direktor eine andere Haltung eingenommen und einiges Entgegenkommen gezeigt hätte. Doch, wie aus seinem ganzen Verhalten hervorgeht, wünscht er einen Kampf und die Belegschaft wird ihn aufnehmen. Alle vier Versammlungen haben sich einstimmung für den Streik erklärt und beschlossen, am 15. Mai die Kundgebung einzurichten. Es wird sich nun zeigen, ob Herr Schulte-Weder tatsächlich die 600 Prätorianer in seiner Belegschaft hat, die ihn gegen die unzufriedene Belegschaft herausdrängen werden.

Der Streit auf Schacht Alcy (Oberelsch).

Die Belegschaft des sich im Abteufen befindlichen Kalischächtes Alcy hatte schon vor einigen Wochen die Forderung auf höheren Lohn durch die Steiger an die Betriebsleitung stellen lassen. Diese schien aber nichts davon wissen zu wollen, oder hatten die, welche man damit beauftragte, dies nicht ausgerichtet. Am Montag, den 8. Mai, rief nun der Kameraden die Geduld und sie legten die Arbeit nieder. Kamerad Böhmann wurde telegraphisch ins Streitgebiet berichtet und wurde auf sein Anraten folgende Mindestforderungen der Betriebsleitung von der gewählten Kommission überreicht:

1. Der Lohn der Drittführer ist von 650 M. pro Schicht auf 7.- M. zu erhöhen; 2. Der Schichtlohn der Schachtbauer von 6.- M. auf 840 Pf.; 3. Der Lohn der Leichtbauer ist um 40 Pf. zu erhöhen, der Schlepper um 30 Pf. zu erhöhen. Maßregelungen oder Bestrafungen dürfen auf Grund des Auslasses nicht erfolgen.

Die Betriebsleitung bewilligte die Forderungen am 11. Mai und antwortete, daraufhin erklärte die Belegschaft, die Arbeit wieder aufzunehmen. Es ist ein ganz netter Erfolg, den hier die noch junge Organisation den Kameraden brachte. Vor fünf Wochen Lohnanhörungen, Abstellung von Wissenden auf Schacht Alcy, jetzt Lohnanhörungen auf Alcy! Man sieht, daß dort, wo sich die Arbeiterenschaft einig ist und sich nicht von „christlichen“ Berplittern verbummen und auseinanderziehen läßt, auch noch Erfolge zu erzielen sind. Ein Bravo deshalb auch den Kameraden auf den ehemaligen Kalischächten, die von Karlsruhe und Konföderaten nichts wissen wollen, sondern sich dem alten Verbande angeschlossen haben, wohl wissend, daß nur da ihre Rechte vertreten werden. Vorwärts, weiter, du noch so junger! Ist am Verbandsbaum, agitiert und organisiert, zeigt allen Gegnern, daß ihr wahre Ehne des Glases seid, welche die Freiheit lieben und noch jederzeit gegen Unterdrückung Front machen. Schließlich die Nischen immer fester, die Indifferenzen herbeigeholt, das neue christliche Kalisgebiet muß von Anfang an organisiert sein und es darf keinen Bergmann geben, der nicht dem alten Verbande angehört. Hier darf kein „christlicher“ Lügenbeutel Fuß fassen, der die Arbeiter aufeinanderhetzt. Einig, einig wollen wir sein, so fest und geschlossen wie Erz und Stein!

Briefkasten.

B. Spittel. Was Du uns mittellust entspricht den Erfahrungen, die auch wir gemacht haben; aber läßt es sich auch beweisen? Hat die Frau ihrem Mann nicht vielleicht etwas vorgesunkert? — J. A. Klostermansfeld. Aus der Zuschrift geht nicht hervor, ob eine Explosion stattgefunden hat oder wodurch das Unglück erfolgt ist. — A. M. Göttelbau, S. G. Voitstrab, J. L. Boremba. Zuschriften von Kameraden, die uns nicht bekannt sind, können wir nicht veröffentlichen, wenn sie nicht von uns bekannten Kameraden unterschrieben sind. — S. W. 10332, Marxloh. Nein, siehe Beschluß der Berliner Generalversammlung.

Eine Anzahl Zuschriften mußten wegen Raumangabe zurückbleiben.

Berbandsnachrichten.

Achtung! Drittsverwaltungen!

Den Geldtrüge für die Firma H. Hansmann & Co. mit der Monatsabrechnung an die Hauptstelle eingezahlt werden, dann bekomme man auf einem besonderen Schein, welche Posten damit beglichen werden sollen. Diesbezügliche Bemerkungen auf der Abrechnungsliste der Hauptstelle sollen nicht mehr gemacht werden. Schlußverständlich muß jedoch auf dem Abrechnungsschein der Hauptstelle bemerkt werden, daß ein Beitrag (und seine Höhe) für die Firma dabei ist. Letzteres ist schon öfters unterlassen worden, weshalb dann der Beitrag als Überschuss von der Hauptstelle verbucht wurde. Also man schreibe auf den Abrechnungsschein folgendes: „Für Hansmann & Co. dabei M.“ und lege einen Zettel bei, auf welchem man die Posten bezeichnet, welche mit dem eingezahlten Beitrag beglichen werden sollen. Am einfachsten ist, man legt die Rechnung mit bei, die man bezahlen will. Wir lassen dann die quittierten Rechnungen mit

dem Zeitungspaket an den Vertrauensmann zurückzuführen. Auch muß Journalnummer mit angegeben werden.

Alle Bestellungen und Zuschriften für die Firma H. Hansmann & Co. in Bochum adressiere man an diese selbst und nicht an die Privatadresse Gustav Schreiter, wie das immer noch geschieht.

Die März-Abrechnung der Bahnhofsstelle Buer ist bereits in Nr. 15 dieser Zeitung veröffentlicht.

Der Kamerad Franz Bloch, früher in Elmen bei Dortmund, wird in Geschäftsanlegesachen gesucht. Er soll in Deutschland arbeiten und werden die Namensabende, welchen seine Adresse bekannt ist, gebeten, dieselbe an den Belegschaftsleiter Stefan Tuszynski in Mörs, Homburgerstraße Nr. 66, gelangen zu lassen.

Brandenburger Zeitung. Den Kameraden zur Kenntnis, daß der Kamerad Wölfe ab 2. Mai den Beigel betrieben hat. Seine Adresse ist: Joh. Wölfe, Sonnenberg (Vauh), Elsterstraße 5.

Bezirk Gelsenkirchen. Das Bezirksbüro in Gelsenkirchen, Elsterstraße 5, ist während der Dauer des Streiks in der Oberlaubbach von jetzt ab nur Samstag, nachmittags, und Montag, vormittags, geöffnet. Die Kameraden wollen dies beachten, um sich umständige Wege zu sparen.

Giershausen. Dem Kassierer der Bahnhofsstelle ist am 8. Mai auf dem Wege zum Lokal Hantel bis zu seiner Wohnung ein Kuvert mit 40 Pf. und 50 Pf. Weitwagnmarken verloren gegangen. Der Club wird gebeten, dieselben an Georg Schwarz, Giershausen, abzugeben.

Ewing I. Diejenigen Mitglieder, welche noch mit Exzessmarken restieren, werden ersucht, dieselben möglichst bald nachzuliefern.

Mörs. Den Mitgliedern der Bahnhofsstelle zur Kenntnis, daß von der nächsten Woche an die Bahnhofsstelle wieder in Vorentscheid eingetellt ist. Wenn Unregelmäßigkeiten vorkommen sollten, mögen sich die Kameraden bei der Betriebsleitung, Altendorfstraße 86, melden. Die Bahnhofsstelle Mörs hat als Grenze wieder die 1. Straße erhalten. Der übrige Teil gehört zur Bahnhofsstelle Hochstraß.

Sodingen. Der Vize Michael Mietke ist nicht mehr berechtigt

Verträge zu fassieren, er ist seiner Funktion als Zeitungsbote entzogen.

Bücherrevision.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleiben:

Annen II. Vom 15. bis 30. Mai.

Asberg bei Mörs. Vom 25. Mai bis 5. Juni.

Bottrop I. Vom 20. Mai bis 20. Juni.

Breiten-Methler. Vom 15. Mai bis 1. Juni.

Kirchhörde. Vom 15. bis 31. Mai.

Alen. Vom 15. bis 30. Mai.

Niederplanitz. Vom 21. Mai bis 15. Juni.

Mitte. Vom 25. bis 31. Mai.

Schönebeck. Da die Betriebsleitung die Mitgliedsbücher revidieren will, so werden diese im Laufe des Monats Mai eingezogen.

Krankenunterstützung-Auszahlung.

Unter Voraussetzung des Mitgliedsbuches und des Krankenscheines kann in folgenden Zahlstellen das Krankengeld erhoben werden:

Ewing I. Jeden Freitag, nachmittags von 8½ Uhr ab, beim Kameraden Rauch, Thausseestraße 16.

Rünne. Jeden zweiten und vierten Sonntag im Monat, vormittags von 9—12 Uhr, in der Wohnung des Kassierers Josef Ottenjahn, Kommunalweg 204.

Schüren. Das Krankengeld wird am ersten Sonntag im Monat wegen der Abrechnung nicht mehr ausgezahlt.

Krankenpendemarken.

In folgenden Zahlstellen werden Krankenpendemarken à 10 Pf. geleistet:

Ewing I. Im Monat Mai.

Glinnigfeld. Im Monat Mai.

Hörsternmark. Im Monat Mai.

Alen. Im Monat Mai.

Mitte. Im Monat Mai.

Volksfondsmarken.

In folgenden Zahlstellen werden Volksfondsmarken geleistet:

Beddinghausen-Süd I. Für den Monat Mai.

Beddinghausen-Süd II. Für den Monat Mai.

Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage.

Brandis, Bezirk Leipzig. Jeden Sonnabend nach dem 15. des Monats, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Krebs.

Groß-Möhrau. Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Müller, Gewerbeschule, Färberstraße.

Kombach. Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 6 Uhr, im Lokale des Herrn Wagner, Sackstraße.

Wöllinghausen. Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Domke.

Wölkens. Jeden dritten Sonnabend im Monat, im Gasthof in Seifersdorf.

Wölkens. Jeden Sonnabend nach dem 16. des Monats, abends 8 Uhr, wo? sagt der Vize.

Wolmirstedt. Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. des Monats.

Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats:

Altendorf. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Karl Döring.

Aren a. d. Elbe. (Zeitungssache fehlt.) In der „Heimat“.

Allershausen. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Oppermann-Ullrich.

Akenboden. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Seeger in Temmerfeld.

Augsdorf. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Hölzel in Gebrech.

Borsdorf. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Vogt.

Charlottenhof. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Späte in Königshütte.

Dissen. Nachmittags 10½ Uhr, im Restaurant des Herrn Kunath.

Döllitz. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Habermann.

Drebkau. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Küper.

Egeln. Nachmittags 3½ Uhr, im Gasthof „Zu den drei Kronen“.

Einsiedel. Nachmittags 4 Uhr, im Gasthof „Zum Schuhkartoffel“.

Erkenschwick. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Langenhein.

Gerschede. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof „Zur Insel Helgoland“.

Gehlen. Nachmittags 3 Uhr, im Konzert.

Gierswalde. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Kaule in Schlarpe.

Großröhrsdorf. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Johann Dach.

Güsten. (Zeitungssache fehlt.) Im Gasthof „Zum schwarzen Bär“.

Hölsra. Abends 7½ Uhr, im Lokale des Herrn Basemann, „Zur Sonne“.

Hövelhof. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Vogt.

Hövelhof. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Vogt.

Hövelhof. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Vogt.

Hövelhof. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Vogt.

Hövelhof. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Vogt.

Hövelhof. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Vogt.

Hövelhof. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Vogt.

Hövelhof. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Vogt.

Hövelhof. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Vogt.

Hövelhof. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Vogt.